

Stenographisches Protokoll

36. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 24.1.2007

Inhalt

Fragestunde (S. 3304)

Aktuelle Stunde (S. 3316)

Antragsteller: F-Klub

Thema: „Erhebung der Muttersprache und Volksgruppenzugehörigkeit in gemischt-sprachigen Gebieten Kärntens“

Redner: Ing. Scheuch (S. 3316), Schwager (S. 3317), Lobnig (S. 3318), Dr. Haider (S.

3320, S. 3325), Dipl.-Ing. Gallo (S. 3321), Dr. Strutz (S. 3323), Mag. Ragger (S. 3324), Dörfler (S. 3326), Mag. Trodt-Limpl (S. 3327)

Tagesordnung

Keine Beschlussfähigkeit des Landtages (S. 3329)

Beginn: Mittwoch, 24.1.2007, 09.01 Uhr

Ende: Mittwoch, 24.1.2007, 11.02 Uhr □□

Beginn der Sitzung: 18.05 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Lobnig**, Dritter Präsident **Dr. Strutz**

A n w e s e n d: 16 Abgeordnete

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler**, Landesrat **Dipl.-Ing. Scheuch**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 36. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet die heutige so genannte „verlangte“ Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 der Landtagsgeschäftsordnung haben die Antragsteller die Erörterung eines Dringlichkeitsantrages betreffend die geheime Muttersprachenerhebung angekündigt. Weiters enthält die Tagesordnung alle offenen und zu beratenden Verhandlungsgegenstände. Die heutige Sitzung wurde fristgerecht einberufen.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte besonders begrüßen den Herrn Landeshauptmann Dr. Jörg Haider sowie den Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Dörfler, weiters auch den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Uwe Scheuch! Ich begrüße auch ... (*Beifall von den im Plenum als einzige Fraktion erschienenen Abgeordneten der F-Fraktion.*) sehr herzlich den Bundesrat Bürgermeister Siegfried Kampl sowie Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne sowie auch die Presse- und Medienvertreter! Herzlich willkommen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Geschätzte Damen und Herren! (*Der Vorsitzende erhebt sich von seinem Platz.*) Ich stelle fest, dass eine Beschlussfähigkeit des Kärntner Landtages derzeit nicht gegeben ist, möchte Ihnen aber, meine Damen und Herren, noch einige Erläuterungen zur heutigen Sitzung abgeben. Gemäß der Landtagsgeschäftsordnung des § 44 Abs. 2, stellt eine so genannte „verlangte“ Sitzung auch für mich ein Minderheitenrecht dar. Mit dieser gesetzlichen Bestimmung, sehr geehrte Abgeordnete, wurde auch jenen Klubs und Fraktionen die Möglichkeit gegeben, mit acht

Lobnig

Unterschriften auf einem Antrag zu einem Thema, das die Kärntnerinnen und Kärntner berühren und behandelt wissen möchten, eine Sitzung hier im Hohen Hause zu verlangen und dieses Thema zu bearbeiten. Es muss dieser Antrag nicht ausschließlich immer von Dringlichkeit getragen sein, sondern wie ich gesagt habe, ein besonderes Thema! Wenn heute gerade das Thema der Landtagssitzung auch die Minderheit in Kärnten betrifft, so wird der Würde des Hohen Hauses eine Minderwertschätzung entgegen gebracht, wenn eine große Anzahl der Abgeordneten dieses Hohen Hauses, der heutigen verlangten Sitzung fernbleiben.

Im Interesse Kärntens ersuche ich als Präsident des Kärntner Landtage, alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses, auch bei verlangten Sitzungen hier teilzunehmen und zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner, die Arbeit aufzunehmen und für sie zu arbeiten. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Geschätzte Damen und Herren! Wir werden daher nun in die Fragestunde eingehen und werden somit mit den einzelnen Fragen beginnen. Vorerst darf ich aber für die heutige Sitzung entschuldigen: Herrn Landtagsabgeordneten Jakob Strauß und Herrn Bundesrat Peter Mitterer.

Wir kommen nun zur

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 289/M/29: Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Landesrat Ing. Rohr

Nachdem Landesrat Ing. Reinhart Rohr nicht da ist, kann die Frage nicht aufgerufen werden. Sie wird dann mündlich auf der nächsten Sitzung drauf sein.

Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 290/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Knicek an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler

Ich bitte, die Frage aufzurufen!

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne! In Wien will man den Nikolaus aus den Kindergärten verbannen, weil er den Kleinen angeblich Ängste einflößt. Es hat heftige Reaktionen in den Bundesländern gegeben. Geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich frage Sie: Wie stehen Sie als Kindergartenreferent zu den Traditionen im Zusammenhang mit Nikolo, Krampus, Osterhase und Co?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Geschätzte Abgeordnete! Hohes Haus! Geschätzte Besucher! Ich halte mich da an den Jugendpsychiater Max Friedrich, der da in einem Presseartikel meint: „Nikolaus ist ein Freund der Kinder!“ Das hält scheinbar die zuständige Stadträtin in Wien Grete Laska nicht so, denn, dass man in einem christlichen Kulturland wie in Österreich überhaupt auf den Gedanken kommt, den Nikolaus aus den Kindergärten zu verbannen, das ist für mich eigentlich unerhört und unglaublich. Jeder der hier im Landtag sitzt, hat wahrscheinlich gute Erinnerungen an den Nikolaus, durchaus wir Buben auch an den Krampus, weil ich meine, dass das auch zu unserer Erziehungskultur gehört. Und wir legen größten Wert darauf, dass nicht nur der Heilige Nikolaus und durchaus auch einmal für die „bösen Buben“ einmal eine starke Hand des Krampus eine Rolle spielt, sondern es gibt ja viele Traditionen wie die kirchlichen und kulturellen Traditionen, die überhaupt nicht aus der Erziehungswelt in den Kindergärten wegzudenken sind.

Wenn ich an das Martinsfest denke – ich glaube, Eltern, die das immer wieder auch miterleben dürfen, ist es ein besonderes Erlebnis für Kinder und Familien, Eltern, Großeltern in den Kärntner Kindergärten, das wir sehr fördern. Es ist das Christkind – und ich sage bewusst nicht irgendein amerikanisches Zitat zum Weihnachtsmann oder sonst was – das Christkind nicht wegzuz-

Dörfler

denken und darf niemals in Frage gestellt werden. Das Gleiche gilt natürlich für die Zeit zu Ostern, ob das jetzt die kirchlichen Traditionen und Bräuche sind oder der viel geliebte Osterhase, der unseren Kindern glänzende Augen schenkt, ist überhaupt nicht wegzudenken und wird von uns massiv unterstützt und gefördert. Ich lege als Kindergartenreferent und als Familienreferent größten Wert darauf und darf hier auch aus den vielen Pressemeldungen zitieren: „Lasst uns froh und munter sein!“ „Nikolaus-invasion“ – das schreibt da der Kurier. Oder es hat eine Flut von Leserbriefen gegeben, wo man von Wertevermittlung und geschrieben hat und sie auch eingefordert hat. Das heißt, die österreichischen Zeitungen haben ja über Wochen seitensweise darüber berichtet. Und wenn dann die Frage gestellt wird: „Nikolaus, Gefahr für Kinder?“ Ich meine, es gibt leider Gottes in dieser medialen Welt viele andere Gefahren für Kinder. Wenn ich allein denke, was täglich an Zugang in den verschiedenen Fernsehsendern an wirklichen – ich sage es ganz offen – Schundprogrammen geliefert wird, das auf unsere Kinder einprasselt, dann meine ich, haben wir ganz andere Sorgen! Nämlich, es umgekehrt zu verstehen und auch einmal zu überlegen, inwieweit eine mediale Berieselung der Gesellschaft und besonders der Kinder mit Programmen, die teilweise unerträglich sind, überhaupt zulässig ist. Es sollte vielleicht einmal eine Diskussion darüber geführt werden, dass sich die zuständige Stadträtin in Wien statt einer Kriegserklärung und Verbanung des Nikolaus aus den Kindergärten, einmal darüber nachzudenken, was man heute überhaupt zulässt und was heute in öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen überhaupt möglich ist. Ich denke, diese Diskussion ist zu führen und keinesfalls eine Diskussion, kirchliche, christliche und kulturelle Werte in unserer Kindererziehungs- und Familienlandschaft in Frage zu stellen. *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Muss der Krampus in Kärnten slowenisch können?)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Knicek das Wort, um eine Zusatzfrage zu stellen.)

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Welche Aktivitäten setzen Sie als zustän-

diger Referent persönlich zu diesen hier angesprochenen Anlässen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Wir haben viele Aktivitäten in Kärntner Kindergärten. Ich darf erinnern, dass ich zum Beispiel mit dem Pfarrer von St. Georgen als Nikolaus den Kindergarten St. Georgen besucht habe; da ist jedes Jahr ein Nikolausfest. Wir haben in Klagenfurt mit dem Kindergarten der Feldkirchner Straße, draußen beim Bimbo Binder in Lendorf, wo der Heilige Martin zu Pferd eingritten ist, wo wir versuchen, den Stadtkindern besondere Werte zu vermitteln, ein besonderes Martinsfest gefeiert. Es ist natürlich auch die Zeit zu Weihnachten, wo wir mit Kindergärten zum Beispiel Seniorenheime besuchen und auch den älteren Menschen versuchen, mit Kindern Weihnachten zu schenken. Oder wir besuchen mit Kindergärten Krankenhäuser. Es gibt viele Anlässe, wo ich auch selbst daran teilnehme und sie auch aktiv fördere, weil es in einer Gesellschaft, in welcher viele Kinder in einer Alleinerzieherfamilie aufwachsen, kaum die üblichen familiären Kontakte haben, die wir noch gewohnt sind, dass wir das im Kindergartenbereich massiv fördern.

Es gibt aber auch noch viele andere Projekte, wie zum Beispiel jetzt einen Malwettbewerb, wo Kinder Eisbären malen, wo wir mit dem Herrn Landeshauptmann am Freitag wieder im Kindergarten Techelsberg sind, um einfach den Kindern Kinderwelt zu schenken! Und um die Kinder auch wenigstens in dieser Zeit im Kindergarten, mit einer bunten, mit einer naturverbundenen, mit einer kultur- und wertebezogenen Welt in der Erziehung zu konfrontieren. Und das findet riesengroßen Anklang! Es ist erfreulich, dass vor allem diese Veranstaltungen in den Kindergärten immer wieder Familienfeste sind und, dass sie großen Anklang finden. Und ich werde mich selbstverständlich weiterhin massiv dafür einsetzen, dass im Jahreskreis die kulturellen und kirchlichen und sonstigen Traditionen, vor allem auch die Naturverbundenheit, in den Kindergärten immer offenen Türen findet! Wir haben ja auch beispielsweise den „Waldkindergarten“ in Maria Saal, der grundsätzlich im Rahmen des Kindergartengesetzes aufgrund der Räum-

Dörfler

lichkeit „Natur“, gar nicht förderungswürdig wäre, als Sonderprojekt gefördert, weil wir auch damit zeigen, dass Familien, die ihren Kindern ein Naturerlebnis schenken wollen, dieses Angebot haben. Es ist beweisbar, dass ein Waldkindergarten auch in Kärnten zu führen ist. Das heißt, wir versuchen mit vielen Konzepten und speziellen Ideen in diesem Bereich sehr offensiv zu sein. Und ich merke auch an vielen Zeichnungen, Briefen und Dankschreiben der Eltern, dass das sehr gut angenommen wird. Und das Kinderland Kärnten ist keine Phrase, das Kinderland Kärnten ist ein sehr lebendiges und vor allem ein sehr familienfreundliches. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die 2. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur nächsten Anfrage. Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 291/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Trannacher an Landesrat Mag. Dr. Martinz**

Nachdem die Antragstellerin nicht anwesend ist, wird diese Anfrage schriftlich innerhalb von vier Wochen beantwortet.

Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 292/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Vouk an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Nachdem auch hier der Fragesteller nicht anwesend ist, wird auch hier die Anfrage schriftlich innerhalb von vier Wochen beantwortet werden.

Wir kommen zur nächsten Anfrage.

5. Ldtgs.Zl. 293/M/29: Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann und geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Im Rahmen des Konjunkturpaketes wurden seitens des Landes Kärnten 25 Millionen Euro für wichtige Projekte im Bereich Industrie, Gewerbe und Tourismus zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden Investitionen für 2007 und 2008 mit einem Volumen von über 400 Millionen Euro ausgelöst. Sehr erfreulich ist, dass der Herr Landeshauptmann es geschafft hat, für dieses Konjunkturpaket weitere 25 Millionen Euro vom Bund als Zuschuss und 110 Millionen Euro als Haftung nach Kärnten zu bringen! Wichtig bei solchen Investitionen ist aber auch der Arbeitsplatzeffekt.

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Ich frage Sie daher: Wieviele Arbeitsplätze konnten durch das Konjunkturpaket bis 2009 abgesichert bzw. neu geschaffen werden?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich zuerst meiner Freude Ausdruck verleihe, dass die Fragestunde nicht nur stattfinden kann, sondern dass offenbar das Interesse der Kärntner Bevölkerung größer ist als das Interesse von mancher Partei hier, an den ordnungsgemäßen Beratungen teilzunehmen. Das ist ein Zeichen der Demokratie, seid herzlich begrüßt! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich komme jetzt zu Ihrer Anfrage. In Summe sind es bisher im Jahre 2006 1.800 neue Arbeitsplätze, die durch das Konjunkturpaket geschaffen werden konnten. Dieses Konjunkturpaket ist eine besondere Verstärkung unserer wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Nachdem wir zusätzlich zur bisherigen normalen Wirtschaftsförderung mit der Bundesregierung und den einzelnen Bundesländern, die sich dafür interessiert haben, ein solches Konjunkturpaket verabschiedet haben, das nämlich den Zweck hat, quasi vor Eintreten der neuen Förderperiode der Europäischen Union, noch optimale Förderbedingungen anzubieten, damit die Investitionen in Gang kommen.

Dr. Haider

Auf diese Weise haben wir zusätzlich zum KWF-Budget, das jährlich ein Fördervolumen von etwa 35 bis 40 Millionen Euro beinhaltet hat, ein Konjunkturpaket von 160 Millionen Euro zustande gebracht, davon sind 110 Millionen Euro EAB-Kredite und Haftungen des Bundes. Und 50 Millionen Euro sind so genannte nicht rückzahlbare Direktzuschüsse, wobei die Hälfte wiederum vom Land – 25 Millionen Euro – und die andere Hälfte vom Bund kommt. Das heißt, im Jahr 2006 sind damit den Kärntner Betrieben zusätzlich 50 Millionen Euro – also 700 Millionen alte österreichische Schillinge – an Fördermaßnahmen zur Verfügung gestanden. Und die haben sich natürlich sehr positiv ausgewirkt, weil die Investitionen dadurch insgesamt wesentlich verstärkt werden konnten. Das zeigt sich auch in der Arbeitsmarktstatistik! Wir werden viele Projekte haben, die bei diesen 1800 neuen Arbeitsplätzen – die hier geschaffen werden – dabei sind, die erst in den Jahren 2007 und 2008 vollständig umgesetzt werden, weil die Förderung für diese Investitionen in den Betrieben erst 2006 bewilligt worden ist. Und dann wird gebaut, dann wird die Investition gemacht und dann gibt es die entsprechenden Arbeitsplätze!

Trotzdem ist es uns auch im Jahre 2006 gelungen, mit dem normalen Förderinstrumentarium mehr als 1400 neue Arbeitsplätze zustande zu bringen. Was bedeutet das für Kärnten? Erstmals haben wir das ganze Jahr über mehr als 200.000 Vollarbeitsplätze und Beschäftigte in diesem Bundesland gehabt! Das ist – glaube ich – sehr wichtig, weil Kärnten auch an dem gemessen wird. Wir haben stetig eine Entwicklung, bei der wir unsere Wirtschaftsstrukturen verbessern und bei der wir den Menschen zeigen, dass wir uns nicht hinstellen und jammern, dass es so viele Billigarbeitsplätze im Handel gibt, sondern dass wir in der Industrie und im Gewerbe Vollarbeitsplätze schaffen, bei denen tatsächlich den ganzen Tag ein Geschäft ist und wo die Menschen mit Vollarbeitsplätzen ein entsprechendes Einkommen erzielen können! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Natürlich wirkt es sich schon gut aus, dass wir seit dem Jahr 2000 – als die Regierungsbildung abgeschlossen war und es unsererseits die Möglichkeit gegeben hat, sich mit Wiener Regierungsstellen entsprechend positiv in Verhandlungen zu begeben – sehr viel Geld nach Kärn-

ten holen konnten. Ich darf Ihnen hier im Landtag ganz offiziell mitteilen, dass in der Periode 2000 bis 2006 mehr als 6,4 Milliarden Euro zusätzlich für Projekte und Förderungen nach Kärnten geflossen sind, was für die Arbeitsplätze sehr wichtig ist! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Dazu zählen natürlich auch unsere intensiven Programme, die wir zur Entwicklung des Südkärntner Raumes gemacht haben. Denn wir haben immer gesagt, dass nicht nur die Frage der Volksgruppendifferenz eine ist, die wir fair und objektiv lösen wollen, sodass sie dem sozialen Frieden im Lande dient und damit alle einverstanden sein können, sondern ich glaube, dass dem Südkärntner Raum (*Vorsitzender: Ihre Redezeit geht zu Ende!*) und damit einer friedlichen Entwicklung am meisten gedient ist, wenn uns die Möglichkeit gegeben ist, dass wir dort die Wirtschaftskraft festigen. Denken Sie nur an Projekte wie die Lippitzbachbrücke oder an die Tatsache, dass wir jetzt mit dem Konjunkturpaket in Südkärnten eine Turboladerproduktion mit mehr als 640 Arbeitsplätzen neu ansiedeln. Das ist natürlich ein gewaltiger Investitionsstoß! Und damit wird eine Rieseninvestition in neue Arbeitsplätze getätigt! Damit ist auch klar, dass Südkärnten nicht mehr das Stiefkind ist! Ob es sich um die slowenische Volksgruppe (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) oder um die Mehrheitsbevölkerung handelt, wir stehen dazu, dass Südkärnten eine gleichberechtigte Entwicklung haben muss und das ist der beste Beitrag für ein friedliches Miteinander! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage?

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Ja, die habe ich, danke für die Beantwortung! Ich glaube, dass wir hier in Kärnten über die tolle Entwicklung im Wirtschaftsbereich sehr stolz sein können!

Ich frage Sie noch, Herr Landeshauptmann: Konnte das Konjunkturpaket, welches auch wesentliche Bundesmittel nach Kärnten brachte, zur Gänze ausgenutzt werden?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Das ist wirklich eine sehr gute Frage, denn wir sind das einzige Bundesland das mehr Mittel bräuchte. Die Bundesländer Oberösterreich, Tirol und Niederösterreich, die auch bei diesem Konjunkturprogramm des Bundes mit dabei gewesen sind, haben die Mittel nicht ausgeschöpft. Wir bräuchten mehr Mittel! Und daher haben wir beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit angesucht, dass die Mittel, die die anderen Bundesländer nicht verbrauchen, für Kärnten zur Verfügung gestellt werden. Ich bin als Finanzreferent bereit, diese Mittel entsprechend aufzudoppeln! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das ist deshalb auch wichtig, weil wir wirklich noch sehr, sehr viele Projekte vor der Realisierung haben, die wir gerne umsetzen würden. Sie müssen sich vorstellen, dass alleine die Ansiedlung des Kompetenzzentrums von Infineon insgesamt mehr als 40 Millionen Euro Fördermittel beansprucht hat. Aber dafür haben wir ein internationales Kompetenzzentrum mit mehr als 2000 Arbeitsplätzen und die Ansiedlung eines ganzen Softwarehauses aus München in Richtung Kärnten durchführen können.

Im Jahre 2007 ist der Start für den Bau der neuen Industrieanlage von Magna. Im April wird der Start für den Bau sein. Das heißt: Auch dafür brauchen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen! Es wird heuer die erste Baustufe für das Turboladerprojekt in Südkärnten mit 150 neuen Arbeitsplätzen zur Durchführung kommen. Die BMS in Wolfsberg wird eine weitere Investition tätigen, die zur Christophgruppe gehört. Es wird der Baubeginn für das Schlosshotel Reifnitz sein, nachdem der Herr Bürgermeister alle Baubewilligungen und entsprechenden Verfahren noch vor Weihnachten ordnungsgemäß durchgeführt hat. Und es wird auch das Koralmhotel gebaut werden. Ich habe gerade heute Vormittag noch mit dem AMS in Wien telefoniert. Dr. Prettnner hat es mir versprochen und zugesagt, nachdem heute in der Kleinen Zeitung die Frage gestellt wurde, ob Wien zustimmt. Das AMS hat bereits zugestimmt und am Freitag wird der zuständige Bundesminister Bartenstein formell seine Unterschrift für den Bau dieses Ganzjahreshotels auf der Koralm geben. Das ist ein wichtiger Beitrag, um im Lavanttal den Ganzjahrestourismus anzukurbeln, damit die Leute dort auch übernachten und nicht nur als Tagesgäste

hinkommen können! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Im Jahre 2007 werden wir mit dem Bau des Kurhotels Bad St. Leonhard beginnen! Mit 240 Gästebetten ebenfalls ein Riesenprojekt, das vom Bund und vom Land mit unterstützt ist und das für den Ganzjahrestourismus im Lavanttal sorgen wird! Wir werden das Tibetzentrum starten. Die Barrieren vom Bund sind jetzt weg. Ich habe gerade heute in der Früh noch mit der Firma Rogner klar gemacht: Wenn sie morgen erscheinen, dann können wir die Endverhandlungen für das Projekt machen. Sie wollten eigentlich erst nächste Woche gegen Ende Jänner erscheinen. Ich habe gesagt, sie sollen nicht in den Zeitungen sagen, sie würden gerne mit dem Bau beginnen, aber dann nicht zu den Verhandlungen kommen! Und daher habe ich sie eingeladen, sofort zu erscheinen! Nachdem Wien grünes Licht für das Tibetprojekt gegeben hat, ist auch das Land Kärnten in der Lage, die Verträge zu unterschreiben. Und wenn die Firma Rogner morgen am Tisch sitzt, dann sind die Verträge übermorgen unterschrieben und beim Notar einreichbar. Damit ist für das Görttschitztal eine gute wirtschaftliche Zukunft eingeleitet! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Wir haben noch andere Projekte wie etwa die Firma Danieli – ein Anlagenbauer, der sich in Völkermarkt im Industriepark ansiedeln möchte, ein italienisches Unternehmen aus Udine, das seine Entscheidung getroffen hat, nach Kärnten zu gehen. Das sind alles Bereiche, wo ich nur sagen kann: Hier würden wir mehr Geld brauchen! Ich hoffe, dass der Bund uns die Möglichkeit einräumen wird. Wir haben beim Minister Bartenstein angesucht, um das alles zustande zu bringen. Denn letztlich geht es auch darum, dass wir noch die eine oder andere Forschungsstruktur errichten wollen. Wir haben im Bereich St. Veit den Bioenergiecluster, den wir zustande bringen wollen, nachdem hier ein schwedisches Unternehmen bei GREENoneTEC mit Sonnenkraft eingestiegen ist. Und nachdem damit die Möglichkeit für die Internationalisierung gegeben ist, wollen wir das Bioenergiezentrum einerseits in St. Veit machen und das Schulungszentrum für die Niedrigenergiehäuser in Bleiburg errichten – also im Südkärntner Raum – (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) in Kombination mit einem Jugendgästehotel, das gleichzeitig als Schulungs- und Testzentrum für Nied-

Dr. Haider

rigenergiehäuser dienen soll. Dort sind die Verträge auch bereits unterschrieben. Das heißt, wenn der Bund uns noch zusätzliche Fördermittel zur Verfügung stellt, dann werden wir kein Problem damit haben, alle diese Projekte auf die Schiene zu bringen!

Sie sehen also, es tut sich einiges quer durch den Gemüsegarten! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Es wird auch am Katschberg etwas Neues gebaut werden! Also, ich könnte Ihnen jetzt noch eine halbe Stunde erzählen, wo wir überall engagiert sind! Wichtig ist, dass Sie wissen – und Sie sind ja interessierte Abgeordnete zum Unterschied von uninteressierten Abgeordneten, die sich zwar bezahlen lassen, aber ihre Arbeit nicht leisten – Sie sollen wissen, dass in Kärnten gut gearbeitet wird und, dass es auch im Jahre 2007 Riesenerfolge gibt! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen somit zur nächsten Anfrage

**6. Ldtgs.Zl. 294/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landeshauptmann Dr. Haider**

Nachdem auch hier der Fragesteller nicht anwesend ist, wird diese Anfrage schriftlich beantwortet!

Wir kommen zur nächsten Anfrage

**7. Ldtgs.Zl. 295/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Auch hier ist die Fragestellerin nicht anwesend. Diese Anfrage wird ebenfalls schriftlich beantwortet werden!

Wir kommen zur nächsten Anfrage

**8. Ldtgs.Zl. 296/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Holub an Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch**

Auch hier ist der Fragesteller nicht anwesend. Diese Anfrage wird ebenfalls schriftlich innerhalb von vier Wochen an den Fragesteller ergehen!

Wir kommen zur nächsten Anfrage

**9. Ldtgs.Zl. 297/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler**

Ich ersuche ihn, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Im Zuge der Feinstaubdiskussion wurde viel über Geschwindigkeitslimits auf den Autobahnen diskutiert.

Ich frage Sie daher, Herr Dörfler: Was sagen Sie zum Vorschlag des Wolfsberger Bürgermeisters Dr. Gerhard Seifried, im Bereich der Bezirkshauptstadt Wolfsberg auf der A2 eine 100 km/h-Beschränkung einzuführen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Ich darf die Anfrage auch dazu benutzen, um etwas aufzuklären. Es hat in den letzten Tagen eine Kampagne des Abgeordneten Auer von der ÖVP mit seinem Parteiobmann Martinz gegeben. Der Herr Auer ist sauer, aber wir sind sauer auf Auer, das könnte ich sagen! (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Vielleicht zur Aufklärung an den Landtag: Da wird kritisiert, dass die S37 Klagenfurter Schnellstraße, die ja vom Bund übernommen wurde und die ASFINAG jetzt Betreiber ist, von Klagenfurt/Nord bis St. Veit/Nord bemaute wird. Das entspricht dem Bundesstraßengesetz! Und ich darf jetzt den Entschließungsantrag verlesen, der am 3. März 2005 eingebracht wurde. Und Sie werden staunen, wer diesen eingebracht hat: Der Herr Abge-

Dörfler

ordnete Auer mit seinen Freunden von der ÖVP!
(*Abg. Zellot: Ungeheuerlich! Ungeheuerlich!
Typisch! – Abg. Ing. Scheuch: Au weh!*)

Ich darf den Entschließungsantrag verlesen, damit er auch im Landtag bekannt ist. Der Nationalrat wolle beschließen: „Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, möglichst rasch die Aufnahme der B317 zwischen Scheifling und Klagenfurt in das Bundesstraßengesetz und somit den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG zu prüfen, sowie gegebenenfalls eine entsprechende Regierungsvorlage vorzubereiten und dem Nationalrat zuzuleiten!“ Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, des BZÖ und der ÖVP positiv im Nationalrat beschlossen. (*Abg. Zellot: Die ganze Wahrheit! Au weh, Auer!*) Und jetzt will der Herr Auer nichts mehr davon wissen und fordert eine Abschaffung der Bemaunung! Wörtlich steht im Antrag: „Laut Bundesstraßengesetz ist in diesem Abschnitt Klagenfurt/Nord und St. Veit/Nord zu bemaunten!“ Das heißt, der Herr Auer hat diesen Antrag selbst eingebracht! Das nur zur Wahrheitsfindung! (*Abg. Ing. Scheuch: Hört! Hört!*) Also, ich bin sauer auf den Auer und vor allem die Menschen im Bezirk St. Veit, die sich da wohl sehr gepflanzt fühlen! (*Abg. Rossmann: Wo ist der Herr Auer?*)

Aber nun konkret zu Ihrer Anfrage, Herr Abgeordneter! Man muss die Feinstaubsituation zum Beispiel zwischen Wolfsberg und Klagenfurt vergleichen. In Wolfsberg entstehen 51,7 Prozent der Emissionen durch Einbringung und Verfrachtung. Das zeigt schon, dass natürlich nicht der Verkehr grundsätzlich der Hauptproduzent des ganzen Problems ist, sondern dass es eine Situation ist, wo vor allem die Landwirtschaft, die Industrie und der Hausbrand die größten Emitenten und Produzenten des Feinstaubes im Bereich Wolfsberg sind.

Ganz genau hat man am 10.8.2006 durch Messungen festgestellt, da wurde das bekannt gegeben, dass die Landwirtschaft 32 Prozent der Feinstaubemissionen produziert; die Industrie im Raum Wolfsberg 25 Prozent; der Hausbrand 24 Prozent und der Straßenverkehr 8 Prozent durch Abgasemissionen und 9 Prozent durch Abriebs- und Aufwirbelungsemissionen. Das heißt, im Grunde ist es so, dass der Verkehr kaum das Problem ist, sondern dass es in Wolfsberg natür-

lich eine Situation gibt, dass es erfreulicherweise starke Industriebetriebe gibt, die aber auch Umweltbelastungen produzieren und, dass auch der Bereich Hausbrand und der Bereich Landwirtschaft in diesem agrarischen und industriellen Umfeld ein großer Produzent von Feinstaub ist.

Würde man eine Diskussion darüber führen, auf der Autobahn 100 km/h zu beschränken, dann hätte man grundsätzlich die Diskussion, die der neue Bundesminister für Verkehr führt, die ich auch unterstütze! Ich hätte mir nur gerne die Reaktionen in einer politischen und medialen Öffentlichkeit angehört, wenn Vizekanzler Gorbach vorgeschlagen hätte, generell 130 einzuführen. Heute wird der neue Verkehrsminister – ich sage das ganz offen – zu Recht von den Medien und auch von den Vernünftigen in der Politik unterstützt, dass man diese Autofahrerqualprogramme abstellt und versucht, 130 als Richtgeschwindigkeit in Österreich umzusetzen. Und wenn man allein die Feinstaubsituation in Wolfsberg betrachtet, dann weiß man, dass der Verkehr – in Wolfsberg zumindest – nicht das Problem ist, und in Klagenfurt ist das ja auch durch den Ringausbau so. Und wer heute den ersten Abschnitt des vierspurigen neuen Ringes befährt, weiß, dass es diese Staus, die es in Klagenfurt jeden Tag gegeben hat, überhaupt nicht mehr gibt. Wir haben einen flüssigen Verkehr und durch diese Verflüssigung des Verkehrs ist die Feinstaubbelastung enorm gesunken. Klagenfurt hat das Problem teilweise verbessert, leider hat Wolfsberg Klagenfurt überholt! Das ist auch ein Beweis dafür, dass es seinerzeit richtig war, diesen – ich sage einmal ganz offen – „Baumkrieg“ zu führen und selbst zur Säge zu greifen und für Ordnung in dieser Stadt zu sorgen, diese Baumaßnahme, die sozusagen 44 Bäume opfern musste, aber gleichzeitig werden 102 neue gepflanzt, ist eine Umweltmaßnahme, nicht nur eine Verkehrsmaßnahme! Das heißt, (*Vorsitzender: Sie haben eine halbe Minute Redezeit!*) die Messung des Verkehrs hat in der Landeshauptstadt heuer schon ein spürbar besseres Ergebnis gebracht. Und ich lehne daher jedenfalls eine Diskussion dieser Art ab, in Wolfsberg auf 100 zu beschränken. Und gerade heute steht ja in einer österreichischen Zeitung „Faymann will jetzt Landescheffs auf 130 einschwören!“ Herr Landeshauptmann, wir sollten sagen, dort wo 160 gehen vielleicht auch noch auf 160

Dörfler

einschwören. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Trettenbrein zur Zusatzfrage das Wort.)

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Als Arbeitnehmervertreter liegen mir natürlich die Pendler ganz besonders am Herzen. Sie brauchen gut ausgebaute Straßen und gut ausgebaute Autobahnen. Besonders im Lavanttal haben wir viele Pendler.

Ich frage Sie daher: Wie ist der Zeitplan für den Ausbau der A2 im Packabschnitt?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Ja, die Pendler werden generell mit dieser neuen Bundesregierung ein schweres Leben haben, denn die Erhöhung der Mineralölsteuer von 1,-- Cent; plus Mehrwertsteuer sind es 1,2 Cent und die Erhöhung bei Benzintreibstoffen um 3,-- Cent plus Mehrwertsteuer sind 3,6 Cent bei Dieseltreibstoffen und die Erhöhung des Road-Pricings, wird die österreichischen Autofahrer um 370 Millionen Euro pro Jahr mehr belasten! Das müssen wir einmal in Schilling umrechnen. *(Abg. Zellot: Pfui! Unfassbar! Unfassbar!)* Das heißt, die neue Regierung hat einmal zuerst ein Autofahrerbelastungsprogramm von über 5 Milliarden Schilling als Frohbotschaft für die Pendler zustande gebracht. Das nur als Bemerkung am Rande.

Das heißt, Kärnten hat ja eine sehr hohe Pendlerförderung, die man durchaus von ihrer Wirksamkeit, was Verkehr und Umwelt anlangt, hinterfragen kann. Aber Faktum ist, dass die Kärntner Pendler wesentlich besser gestellt sind als im Bundesländervergleich. Es gibt ja Bundesländer, wie Vorarlberg beispielsweise und Salzburg, die überhaupt keine Pendlerförderung auszahlen! In Kärnten 4,2 Millionen Euro! Das heißt, wir sind das Bundesland, das mit Abstand die höchste Pendlerförderung hat. Es ist aber traurig, wenn die neue Bundesregierung gleich einmal ein Autofahrerbelastungsprogramm dieser Dimension zustande bringt und ankündigt und der Herr Auer dann da hergeht – der sitzt ja draußen in Wien als Abgeordneter – schweigend mit-

stimmen wird, wenn es dann zu den Beschlüssen kommen wird, dass sein Finanzminister Molterer den österreichischen Autofahrern 5 Milliarden Schilling jährlich aus der Tasche zieht.

Zum Pack-Vollausbau ist zu sagen: Wir sind absolut im Zeitprogramm. Am 1.11.2007 wird der Pack-Vollausbau abgeschlossen sein. Zu bemerken ist, dass ausschließlich Kärntner Firmen dieses große Bauvolumen von etwa 100 Millionen Euro verbauen, was gerade im Brückenbau eine Visitenkarte der Leistungsfähigkeit der Unternehmen die dort tätig sind, ist. Es ist ja die Firma Steiner, die die zweite, die Schwester des großen Talüberganges Lavant baut. Es ist die Firma Massivbau, die ja auch die Lippitzbachbrücke gebaut hat und ein Villacher Unternehmen, das weitere Brücken gebaut hat. Das ist eine Leistungsfähigkeit der Kärntner Bauwirtschaft, die großartig ist. Und wir haben ja seinerzeit mit der ASFINAG vereinbart, dass dieses Baulos zerteilt wird, dass die Brücken einzeln ausgeschrieben wird, dass eben nicht nur große Baugiganten zum Zug kommen sondern, dass vor allem auch mittelständische Kärntner Unternehmen den Zuschlag erhalten. Das ist erfreulich!

Es ist gelungen durch diese tüchtigen Unternehmen, die Bauzeit so zu forcieren, dass wir vor dem Sommer 2007 bereits auf den neuen Brücken und Fahrbahnen, die Autobahn in Betrieb nehmen können und zusätzlich noch 7 Millionen Euro in die Sanierung der alten Fahrbahn und Brücken investieren können, sodass dann mit 1.11.2007 der Vollausbau abgeschlossen ist, aber inklusive Sanierung mit einem zusätzlichen Bauvolumen von 7 Millionen Euro, das wieder ein Kärntner Unternehmen erhalten hat. Das heißt, wir haben hier gezeigt, dass mit einem guten Baumanagement – ich darf auch berichten, dass der zuständige Projektverantwortliche der ASFINAG Dipl.-Ing. Pittino immer sagt: „So gut bauen wie in Kärnten gibt es in keinem Bundesland!“ Es gibt größere Probleme auf der steirischen Seite der Pack, weil das Land die geologischen Vorbereitungen nicht unbedingt zur absoluten Perfektion durchgeführt hat. Wir in Kärnten haben gut vorbereitet und, wie gesagt, dieses ewige Bauwerk, Schmalspurautobahn auf der Pack – das ist ja überhaupt eine Krankheit die Kärnten hatte – wir haben keinen zweiten Katschbergtunnel gehabt, wir haben eine Schmalspurautobahn im Liesertal. Wir hatten

Dörfler

eine Schmalspurautobahn von Graz nach Klagenfurt. Das ist Vergangenheit! Und das ist auch eine Erfolgsgeschichte, Herr Landeshauptmann, wo es dir und durchaus auch mir gelungen ist, in den letzten Jahren, seit 1999, Unmengen von Geld nach Kärnten zu pumpen.

Ich darf nur daran erinnern, dass das Bundesland Kärnten im Jahr 2005 einen Baukonjunkturzuwachs von 13 Prozent hatte und damit somit führendes Bundesland ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich werde natürlich auch darauf pochen, dass dieser Vertrag, den wir mit Vizekanzler Gorbach, Land Kärnten und ASFINAG geschlossen haben, was den Ausbau der B 317 anlangt, auf Punkt und Beistrich auch vom neuen Bundesminister umzusetzen ist. Das gilt natürlich auch für die Koralmbahn. Grundsätzlich hat er ja erklärt, dass er vertragstreu ist. Vertragstreue heißt für uns aber, das jedenfalls auch keine Diskussion über einen Tag Bauzeitverzögerung oder Fertigstellungsverzögerung zu führen ist. Ich kann nicht einerseits sagen, ein Vertrag ist außer Streit gestellt und andererseits dann sagen, der Vertragsinhalt – nämlich der Baubeginn und die Baufertigstellung – über den kann man noch diskutieren. Für uns heißt Vertragstreue zu 100 Prozent Vertragstreue! Und da werden wir auch die Freundlichkeit der neuen Regierung gegenüber *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* dem Bundesland Kärnten messen können. Einerseits beim Ausbau der B317. Es ist ja vereinbart, vertraglich vereinbart, dass nach vier Jahren die erste Ausbaustufe Klagenfurt/Nord – St. Veit/Nord abgeschlossen ist und, dass nach zehn Jahren der Gesamtausbau auf Kärntner Seite abgeschlossen ist. Und wir werden, wie gesagt, diese neue Bundesregierung daran messen, wie freundlich oder wie unfreundlich sie zu Kärnten ist. Unfreundlichkeit werden wir uns jedenfalls nicht gefallen lassen! Wir erwarten uns, dass diese Bundesregierung ... *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* so fair zu uns ist, wie es vor allem Vizekanzler Gorbach in den letzten Jahren war. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zur nächsten Anfrage.

10. Ldtgs.Zl. 298/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc an Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch**

Nachdem der Fragesteller nicht anwesend ist, wird auch diese Anfrage schriftlich beantwortet ergehen.

Wir kommen zur nächsten Anfrage

11. Ldtgs.Zl. 299/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann und geschätzte Damen und Herren! Durch die heute von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider erwähnte, sehr erfreuliche Entwicklung bei Betriebsansiedelungen und Investitionen, konnten zahlreiche Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Die Arbeitslosenstatistik zeigt ein generelles Sinken der Arbeitslosigkeit in Kärnten. Im Dezember 2006 war in Kärnten auch erstmals ein Rückgang der älteren Arbeitslosen über 50 erfreulicherweise zu verzeichnen. Auch im Bereich der Lehrplätze ist Kärnten besser als der österreichische Durchschnitt; das Verhältnis freier Lehrplätze zu Lehrplatzsuchenden. Diese sehr gute Entwicklung am Arbeitsmarkt hat aber auch zur Konsequenz, dass in Kärnten immer mehr Facharbeiter in Industrie und Gewerbe einen Arbeitsplatz bekommen. Es ist gemäß mehrerer vorliegender Studien sogar damit zu rechnen, dass die Nachfrage an Facharbeitern höher sein wird als Arbeitsplatzsuchende und Facharbeiter vorhanden sind.

Herr Landesrat, ich frage Sie: Welche Maßnahmen werden Sie als Bildungsreferent setzen, um dem ständig zunehmenden Facharbeitermangel zu Lasten der Kärntner Wirtschaftsbetriebe entgegenzuwirken?

Landesrat **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Ja, meine geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Und vor allem

Ing. Scheuch

auch liebe Abgeordnete der SPÖ und ÖVP, die ja wahrscheinlich heute per Internet an der Sitzung teilnehmen werden, nachdem die Frau Schaunig verboten hat, dass sie herkommen, dürften Sie aufgrund der neuen Medien ja trotzdem die Sitzung verfolgen und auch die Anfragebeantwortung dementsprechend zur Kenntnis nehmen.

Die Frage der Frau Abgeordneten Warmuth ist eine berechtigte, denn wir haben wirklich aufgrund der sehr positiven Entwicklung im Land mittlerweile das Problem, dass wir gar nicht mehr Betriebe im vermehrten Ausmaß ansiedeln können, weil wir so viel Nachfrage haben und die Facharbeiter dementsprechend nicht gegeben sind. Nicht nur im Mechatronic-Bereich, nicht nur im Schlossereibereich, nicht nur bei Infineon und anderen Betrieben. Es ist ja mittlerweile auch im Tourismus schon bald schwierig, Arbeitsplätze zu bekommen oder Facharbeiter zu bekommen. Der Herr Landeshauptmann hat ja aufgrund seiner vielfältigen Ausführungen sogar vergessen zu erwähnen, dass es ja mittlerweile auch auf der Flattnitz eine Einigung gibt und auch hier sozusagen das Projekt in Umsetzung kommt. Grundeigentümer und Betreiber haben sich geeinigt. Also, auch die Flattnitz wird realisiert und wiederum neue Arbeitsplätze geschaffen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Dieser Umstand hat es natürlich erforderlich gemacht, dass ich als verantwortlicher Referent im Bereich des Arbeitsmarktes, der Lehrlinge und dergleichen, gemeinsam mit unserem Herrn Landeshauptmann aktiv geworden bin. Und wir haben vor kurzem eine sehr, glaube ich, positive Initiative vorgestellt, nämlich die Lehre mit Matura. Ein Projekt, das es uns wirklich ermöglicht, hier endlich einmal dafür zu sorgen, dass die jungen Leute mehr und mehr auch in den Bereich der Facharbeiter gedrängt werden. Denn woher kommt das Problem? Wir haben in Wirklichkeit heute die Ausgangslage, dass sehr viele junge Leute aufgrund der nicht vorhandenen Möglichkeit, auch eine Matura mit der Lehre gemeinsam zu machen, in höhere Schulen drängen, auf Universitäten drängen. Und wir haben mehr und mehr arbeitslose Akademiker, Hundertschaften Lehrer und dergleichen mehr die lang- und mittelfristig keinen Job bekommen.

Auf der anderen Seite fehlen uns diese gut ausgebildeten Facharbeiter. Wenn man unterwegs

ist im Land, ich war letzte Woche im Lavanttal unterwegs bei der Firma Elmont, ich war vor 14 Tagen im Mölltal unterwegs bei der Firma Springer oder im Maltatal drinnen bei der Firma Pichorner. Wo man hinkommt, überall heißt es, wir haben volle Auftragsbücher, wir haben gute Potenziale, uns fehlen die Facharbeiter! Das heißt, hier ist es wirklich gelungen, mit dieser neuen Initiative sicherzustellen, dass wir langfristig neue Facharbeiter bekommen. Wir wissen alle ganz genau, es werden uns in fünf bis zehn Jahren jedes Jahr 500 Lehrlinge fehlen! Das heißt, 500 Lehrlinge werden in Kärnten weniger zur Verfügung stehen. Und wir müssen hier Initiativen setzen!

Und es ist schon interessant, – währenddessen in Wien, aufgrund der neuen Koalition und Regierung, die Berufsdemonstranten der SPÖ, die vor sieben Jahren gegen unsere Regierungsbeteiligung demonstriert haben, jetzt gegen ihre eigene Partei demonstrieren. Diese Regierung, die die Studiengebühren nicht abgeschafft hat, sondern darüber nachdenkt, sie jährlich zu evaluieren und jährlich anzupassen, nämlich nicht nur die Studiengebühren, auch die Vignetten und alle anderen Dinge werden ja jährlich evaluiert. Also, ein nicht unbedeutender Faktor! Dass man darüber spricht und im Koalitionsabkommen drinnen steht, dass alle Abgaben jährlich evaluiert werden dürfen, ist es uns gelungen, mit der „Lehre mit Matura“ die Studiengebühren für Lehrlinge abzuschaffen. Das heißt, Kärnten ist das einzige Bundesland, wo es einen Bildungszugang im Bereich der Lehrlinge geben wird die hier die Matura machen; vier Jahre Ausbildung machen und dann eine abgeschlossene Lehre haben, eine Maturareifeprüfung haben *(Beifall von der F-Fraktion.)* und damit eine gute Basis. *(Abg. Trettenbrein, Beifall gebend: Bravo Uwe Scheuch!)*

Zusätzlich müssen wir aber – und das ist ein ganz wichtiger Aspekt – auch daran arbeiten, dass Image des Lehrlings zu heben. Ich glaube, es ist ganz besonders wichtig, dass wir speziell im urbanen Bereich dafür Sorge tragen, dass Lehrlinge einen dementsprechenden Stellenwert erhalten. Es kann und darf nicht sein, dass man immer noch – sowie es im Jargon heißt – dass man sagt: „Naja, wenn’s gut geht und wennst ein guter Schüler und ein guter junger Mann oder eine junge Frau bist, gehst ins Gymnasium und dann später in die HAK oder HTL und sonst gehst halt lernen!“ Ich denke, das ist komplett

Ing. Scheuch

der falsche Ansatz. Diese Lehrlinge verdienen Aufmerksamkeit! Wir müssen hier ganz offensiv agieren und werden in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit führenden Vertretern von großen Betrieben, mit führenden Vertretern aus der Wirtschaftskammer, aus der Industriellenvereinigung, aus den verschiedenen Institutionen dafür Sorge tragen, dass es uns gelingt, auch dieses Image zu heben. Wir werden Leute darstellen, denen es gelungen ist, aufgrund einer guten Lehrabschlussprüfung und einer guten Karriere, Geld zu machen. Ich glaube, dass man hier einen weiteren, wichtigen Impuls setzen muss, mit dem das unterstrichen wird.

Das nächste Projekt, das hier sehr gut hineinpasst, ist unser Projekt „Gemeinsame Schule.“ Es war für mich ernüchternd um nicht zu sagen erschütternd, mit wieviel Feigheit die große Koalition ihr Koalitionsübereinkommen abgeschlossen hat. Man hat sich nämlich lediglich darauf einigen können, Schulversuche zu starten, ein Projekt, das wir hier in Kärnten seit Jahren umgesetzt haben. (*Vorsitzender: Die Redezeit geht langsam zu Ende!*) Wir arbeiten an Schulversuchen und werden mit einer späteren Differenzierung der Schüler dazu beitragen, dass es gelingt, qualifizierte, motivierte, positive junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen, die Lehre abzuschließen und damit auch künftig dafür zu sorgen, dass man, wenn der Landeshauptmann in den nächsten Jahren weitere Betriebe ansiedelt, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) diese Betriebe auch mit Facharbeitern füllen kann! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Anfragestellerin hat noch eine Zusatzfrage!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Ja, die habe ich! Herr Landesrat, die richtige Berufswahl hängt von einer entsprechenden Information und auch von den Lehrern ab.

Ich frage Sie daher: Ist Ihrerseits als Bildungsreferent des Landes eine entsprechende Aufklärungskampagne geplant?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Herr Landesrat, einen Moment! Ich muss noch schalten! Okay! Bitte!

Landesrat **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Solange du mir das nicht von der Redezeit abziehst! (*Dies wird humorvoll vorgetragen.*) Meine geschätzten Damen und Herren! Auch das ist wiederum ein klarer Beweis dafür, dass wir hier die richtige Politik machen. Wir haben ja – und viele haben das mitverfolgt, gerade weil wir der Meinung sind, dass wir in der Information Nachholbedarf haben – gemeinsam mit Landeshauptmann Jörg Haider als Präsident des Landesschulrates in der letzten Woche eine Informationsveranstaltung gemacht. Wir haben alle – und ich betone – alle verantwortlichen Schulleiter der Kärntner Schulen, der Mittelschulen, der Höheren Schulen bis hin zur Pädagogischen Universität, über die Universität, alle HTLs, HAKs, HBLAs und dergleichen eingeladen. Wir haben einen Bildungsgipfel gemacht und haben unter anderem genau darüber diskutiert, wie es uns gelingt, diese Information nach vorne zu bringen. Ich werde als Referent im Schulbereich dafür Sorge tragen, dass sich die Schulen noch mehr öffnen, damit es uns gelingt, dass wir Informationen noch früher, noch verstärkter in die Schulen bekommen, damit wir den künftigen Lehrlingen und den künftigen Berufstätigen im Land die Chance eröffnen, sich früh genug über Berufe zu informieren. Hier gilt es, dass man massiv daran arbeitet, die Information zu schaffen.

Es gilt aber auch – und das möchte ich hier schon sagen – es gilt auch, den Lehrling klar zu beschützen! Denn das war ein Anschlag, ein Anschlag auf die Lehrlinge in diesem Land! (*Abg. Trettenbrein: Genau!*) Dass eine rot geführte Bundesregierung den Kündigungsschutz im Lehrlingsbereich aufweicht und abschafft, (*Abg. Zellot: Das ist ein Skandal! Unverantwortlich!*) ist ein Skandal und wird von Kärnten ganz klar und entschieden zurückgewiesen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Hier den jungen Menschen, die in einer wirklich sensiblen Lebensphase stecken, die oft mitten in der Pubertät sind, die

Ing. Scheuch

nicht wirklich wissen, wie sie sich weiterentwickeln, die einen Lehrberuf in Angriff nehmen, hier die Möglichkeit zu nehmen, im geschützten Bereich zu arbeiten, sie hier vor vollendete Tatsachen zu stellen, dass sie gegen diese immer stärker werdenden Großbetriebe, gegen immer stärker werdende Handelsbetriebe keine Möglichkeit haben, gegen Betriebe, die sowieso mit den Leuten schon machen was sie wollen, viele stecken dort in Geringfügigkeit – man denke an die Diskussion, die von Ihnen bezüglich der Handelsangestellten initiiert wurde – also hier den Kündigungsschutz der Lehrlinge aufzuweichen und aufzuheben ist ein Anschlag auf die Lehrlinge! Und wir werden uns in Kärnten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir werden aber auch – und das möchte ich hier ganz klar deponieren – wir werden nicht nur in den Schulen eine Offensive in der Information starten, sondern wir werden einen zweiten Bereich der Ausbildung schaffen. Wir werden versuchen, das lebenslange Lernen, das im heutigen Leben immer wichtiger wird, zu forcieren! Wir haben zum Teil gut ausgebildete Mitarbeiter, die in Betrieben tätig sind, die aber aufgrund der Schnelllebigkeit der Berufe und aufgrund der sich ständig ändernden Berufsbilder eine Weiterbildung brauchen. Ich bin davon überzeugt, dass es gelingen muss, Leute lebenslang lernen zu lassen. Und ich habe gerade gestern mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Fachhochschule Kärnten, mit dem neuen Aufsichtsrat und dem neuen Direktor, gemeinsam mit dem Landeshauptmann ein interessantes Gespräch geführt, nachdem wir die Fachhochschulen in diesem Bereich öffnen wollen. Wir müssen den Fachhochschulen in Kärnten den nötigen Stellenwert geben, damit sie nicht nur dazu da sind, künftige Studierende auszubilden und damit im Bereich dieses Segmentes bestausgebildete junge Leute nach Kärnten zu bringen. Es muss uns daneben gelingen, die Fachhochschule als Bildungsinstitution für Erwachsene auszubauen. Es muss gelingen, dass hier gut ausgebildete Facharbeiter eine Weiterbildung in Anspruch nehmen können. Und die Fachhochschulen haben hier ein gutes Potential! Sie werden vom Land jährlich mit über 7 Millionen Euro Geld bedacht – die Gemeinden zahlen etwas dazu, der Bund zahlt etwas dazu. Das heißt, wir werden dieses brachliegende Potential an Fachhochschulen und an

Lehrgängen aufmagazinieren. Wir werden hier die Lehrgänge noch attraktiver gestalten und nebenbei ein lebenslanges Lernen ermöglichen!

Das heißt gesamt gesehen: Bildungsoffensive in allen Bereichen der Schulen – Fachhochschulen – öffnen, für den Lehrlingskündigungsschutz kämpfen und in einer Informationskampagne unser tolles Projekt der gemeinsamen Schule noch einmal vorantreiben! Denn – wie ich zuerst schon gesagt habe – wenn sich die jungen Leute erst im Alter von 14 oder 15 Jahren entscheiden müssen, ob sie eine höhere Schule besuchen *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* oder ob sie in eine Lehre gehen, das wird uns und auch die Leute davon überzeugen, dass wir hier die künftigen Lehrlinge und Facharbeiter herausrekrutieren können. Wir legen damit den Grundstein dafür, dass wir genügend gut ausgebildete Facharbeiter im Land haben, die dann die vielen tollen Betriebsansiedlungen dementsprechend nutzen können! Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit wurde die Anfrage 11 beantwortet. Wir kommen zur Anfrage

12. Ldtgs.Zl. 300/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Cernic an Landeshauptmann Dr. Haider**

Nachdem die Antragstellerin nicht anwesend ist, wird diese Anfrage schriftlich beantwortet!

Wir kommen zur nächsten Anfrage

13. Ldtgs.Zl. 301/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Schober an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler**

Auch hier ist der Antragsteller nicht anwesend. Diese Anfrage wird ebenfalls schriftlich beantwortet ergehen!

Wir kommen zur letzten aufzurufenden Anfrage

Lobnig**14. Ldtgs.Zl. 302/M/29:****Anfrage der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Landesrat Dr. Schantl**

Nachdem Herr Landesrat Dr. Schantl nicht an-

wesend ist, wird diese Anfrage bei der nächsten Sitzung mündlich aufgerufen werden!

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen nun zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des Freiheitlichen Landtagsklubs vor. Das Thema lautet: „Erhebung der Muttersprache und Volksgruppenzugehörigkeit in gemischt-sprachigen Gebieten Kärntens.“ Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. Es ist dies der Abgeordnete Klubobmann Ing. Kurt Scheuch. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Redezeitbeschränkung vorhanden ist. Die Redezeit ist fünf Minuten, ich bitte diese auch einzuhalten! Ich erteile dir das Wort, bitte!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Vor allem aber auch Sie, Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne heute! Sie zeigen ja mit Ihrem Besuch, dass die heutige Sitzung ein wichtiges Thema für Kärnten darstellt. (*Abg. Ing. Scheuch klebt ein Plakat für die Muttersprachenerhebung auf das Rednerpult.*) Wir stehen heute vor einer Situation, wie sie junge Abgeordnete wie ich nur aus Büchern, nur aus Erzählungen der Großväter kennen! Wir stehen vor einer Situation, wo der Kärntner Landtag boykottiert wird, wo Zurufe von Politführern und Politsekretären dazu führen, dass Abgeordnete ihre Pflicht verletzen – sozusagen ein schwerer Anschlag auf die Demokratie Kärntens und auch auf die Demokratie der Zweiten Republik!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Höchstbezahlte Funktionäre und Abgeordnete haben ihren Eid gebrochen! Sie haben hier auf die Landesverfassung einen Eid geleistet und mit ihrem Nichtanwesendsein haben sie diesen Eid gebrochen! Sie haben damit die Demokratie in Kärnten verweigert! Sie haben die Arbeit im Landtag verweigert und sie stellen sich damit ganz klar und zweifelsohne außerhalb des Verfassungsbogens! Das ist auch mit einem Gutach-

ten der Verfassungsabteilung des Landes hier geregelt. Nicht der Landeshauptmann von Kärnten, dem man immer vorwirft, er stellt sich außerhalb der Gesetze – nein, die Abgeordneten des Kärntner Landtages ignorieren ganz bewusst auch ein Minderheitenrecht, nämlich eine Landtagssitzung hier im Hohen Haus durch eine Minderheit einzuberufen. Und was ist die Wahrheit? In Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren auch auf der Tribüne, in Wahrheit sind die Hasenfüße von ÖVP, SPÖ und den Grünen zu feige, hier zu erscheinen! Die kleinen Feiglinge sind einfach nicht in der Lage hier heraußen zu stehen und letztendlich ein klares Gegenargument und ihren Standpunkt zu vertreten! In Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die anderen politischen Parteien innerlich zerrissen! Das heißt, die Klubobmänner sind sich ja gar nicht sicher, welche Mehrheiten sich heute hier zu diesem Thema bilden würden. Dient man den Interessen des Landes, den Interessen Kärntens oder dient man Zurufen von Politsekretären auf Wiener Ebene? In Wahrheit – und auch das ist hier ganz klar – sind auch die Argumente auf unserer Seite! Wir haben Recht im Argument selbst und letztendlich ist auch klargestellt, dass in Wahrheit kein Weg an der Muttersprachenerhebung, an einer Feststellung der Volksgruppe hier in Kärnten vorbeiführen wird! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Der Friede und Konsens in Kärnten kann eben nur durch ein genaues Zählen und ein Klarstellen der Fakten stattfinden. Und ich sage hier: Warum sollen wir nicht fragen? Warum sollen wir hier in Kärnten die Minderheit nicht feststellen? Wer soll uns daran hindern eine Befragung, angelehnt an den ethnischen Zensus in Slowenien, durchzuführen? Was im Mutterland des einen oder anderen Nationalslowenen möglich ist, das muss doch auch hier möglich sein! Was völkerrechtlich klar abgesichert ist, das muss doch

Ing. Scheuch

auch hier im kleinen Kärnten möglich sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und deswegen sage ich: Es ist ein Muss und es wird auch letztendlich dazu kommen. Warum – habe ich gefragt – sollte man diese Muttersprachenerhebung nicht machen? Mir fällt eigentlich nur ein einziger Grund dazu ein: Vielleicht haben die Hasenfüße und Demokratieverweigerer hier in Kärnten Angst vor dem Ergebnis! Könnte es sein, dass sie Angst davor haben, dass sich viele Slowenischsprechende als Kärntner deklarieren würden? (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Könnten sie Angst davor haben, dass Kunstslowenen auffliegen würden? Könnten sie Angst davor haben, dass man sehen würde, dass das Zahlenmaterial, das bisher vorliegt, fehlinterpretiert wurde? Oder haben sie Angst davor, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Argumentation politisierender Richter und anderer Gutmenschen in sich wie ein Kartenhaus zusammenfallen und sozusagen ins Ortstafelnirwana verschwinden würde? (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen, ich bitte zum Schluss zu kommen!*) Herr Präsident, ich bin gleich beim Schluss! Oder haben sie Angst davor, dass ans Tageslicht kommen würde, dass die Minderheit in vielen Bereichen sowieso über Gebühr hier in Kärnten Zuwendungen erfährt?

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, lege ich hier ein Versprechen ab: Dass wir in diesem Haus dieses Thema sehr wohl noch mehrfach diskutieren werden, zum Wohle Kärntens, unserer Heimat und in der Tradition unserer Väter! (*Beifall von der F-Fraktion und von BesucherInnen auf der Zuschauertribüne.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich die Damen und Herren auf der Zuhörertribüne bitten, von der Tribüne aus keine Beifallskundgebungen zu geben! Das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen und ist nicht erlaubt!

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

(*Zurufe von Bundesrat Ing. Kampl.*) Ja, Herr Bundesrat, ich werde das beherzigen. Aber ich mache das ohnehin, auch ohne deine Zurufe!

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Medienvertreter und Zuhörer auf der Tribüne! Fünf Minuten sind kurz! Deshalb werde ich zuerst zur Sache sprechen und dann, wenn noch etwas Zeit bleibt, werde ich mich auch rundum damit befassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein sehr emotionales Thema. Alle Themen, die sich mit der Volksgruppe in Kärnten befassen, werden von Wien aus anders gesehen, ganz besonders auch von Laibach! (*Den Vorsitz übernimmt um 09.58 Uhr 3. Präs. Dr. Strutz.*) Und auch in der EU schlägt das meistens Wellen. Sie erinnern sich ja noch, dass uns drei Weise nach Kärnten geschickt wurden, damit sie den Umgang der Kärntner und der Kärntner Politik mit der slowenischen Minderheit überprüfen. Und die haben der Kärntner Landespolitik eigentlich ein recht gutes Zeugnis ausgestellt, sodass man davon ausgehen kann, dass kein Angehöriger der slowenischen Minderheit aus diesem Grund, nur weil er Slowene ist, in unserem Land einen Nachteil hat.

Selbstverständlich haben die slowenischen Landesbürger- und -bürgerinnen dieselben Nöte wie wir Deutschkärntner. Aber weil sie Kärntner Slowenen sind, hat ganz gewiss keiner und keine einen Nachteil. Und sollten Sie jemand kennen, bei dem das zutrifft, bitte mir den zu zeigen und zu sagen, dass man mit dem reden kann und das abstellen kann.

Ich darf nur ganz kurz aufzählen: Das Minderheitenschulgesetz wurde 2000 oder 2001 zum Vorteil der Schüler, der Slowenischschüler geändert. Es gibt Mittelschulen, vom Gymnasium, Handelsakademie, slowenisches Musikschulwerk wurde in den letzten Jahren unter Eigenverantwortung slowenischer Musikschullehrer gegründet; zweisprachige Kindergärten werden vom Land Kärnten gefördert und Förderung von slowenischen Vereinen und Verbänden, die sich Deutschkärntner, kulturelle Vereine und Verbände sich das nur wünschen könnten und das es nicht gibt. Das wäre einmal einleitend gesagt. Dann zur Frage der Freiheitlichen Partei und der Stellungnahme „Erhebung der Muttersprache

Schwager

und Volksgruppenangehörigen“. Diese Resolution und dieser Dringlichkeitsantrag, den das BZÖ eingebracht hat, findet deshalb meine Zustimmung, weil das seit 1955 die Freiheitliche Partei gefordert hat, eine Minderheitenfeststellung, wie man das damals sagte, weil ich als einziger Abgeordneter nicht in der Lage bin, hier eigene Anträge im Landtag einzubringen, und weil wir das als Freiheitliche Partei für eine gute Sache halten, dass erhoben wird, wo und wie viele Slowenen, Schätzungen irgendwo zwischen 10.000 und 15.000. Aber ich bin der Meinung und die Freiheitliche Partei ist der Meinung, wir wollen wissen, wo und wie viele es sind, um dann dementsprechend auch – wie ich der Meinung bin – nicht zu knausrig, diese Volksgruppe dann – aber was wiegt das hats – zu fördern.

Und deshalb kann ich nicht verstehen, und es sind dann meistens nur die Vertreter der Verbände der Slowenen, die sich vehement ständig an der Landespolitik reiben und auch vehement eine Erhebung der Muttersprache ablehnen, wie es in anderen Ländern ohne weiteres möglich ist. Das ist zu vertreten. Ich kann hier versichern, weil das ja eine Sache ist, die zu entscheiden schlussendlich der Nationalrat hat, dass die 21 Abgeordneten der Freiheitlichen Partei im Nationalrat auch diese Vorgangsweise, die ich hier erwähne, wählen werden und auch im Nationalrat für eine Erhebung der Muttersprache und Vollksgruppenzugehörigkeit eintreten werden. Und jetzt noch zum Rundherum. Auch muss ich mit Entsetzen feststellen, dass ordnungsgemäß vom Präsidenten eingeladene Landtagssitzungen von Seiten der SPÖ, ÖVP und Grünen nicht wahrgenommen werden und sehe das auch als einen Anschlag auf die Demokratie in unserem Lande und fordere diese Abgeordneten, die heute nicht hier sind auf, nicht ihren Parteizentralen zu folgen, sondern ihrem Eid gemäß und ihrem Handschlag dem sie den Präsidenten am Beginn der Legislaturperiode gegeben haben, gemäß die Sitzungen zu betreuen.

Des weiteren möchte ich aber auch noch sagen, weil ich von Journalisten immer wieder befragt werde über das Verhältnis jetzt der FPÖ zum BZÖ. Das ist natürlich ... das mache ich auch mit anderen Parteien. Wo es Gleichklang gibt wird gemeinsam marschiert und gemeinsam vorgegangen. Und wo es das eben nicht gibt, siehe das Budget, wo vor den Weihnachten die

letzte Sitzung war, sehr zum Unmut des Herrn Landeshauptmannes, natürlich mit guten Gründen von mir abgelehnt werden muss. Das ist eine ganz einfache Geschichte und in dieser Geschichte der Minderheitenfeststellung und der Feststellung der Muttersprache gibt es Übereinstimmung und deshalb freut es mich, dass 16 Abgeordnete – das waren ja früher ja immer nur in den 60-iger und 70-iger Jahren drei, vier, fünf die das hier im Haus vertreten haben. Und es sind jetzt doch 16, es werden immer mehr, vielleicht kommen noch welche dazu. Was ich weniger gerne ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen!*) Ja, aber wohl ein Satz noch. Was ich weniger gerne habe, Herr Klubobmann ist das, (*Abg. Ing. Scheuch: Den Mölzer musst noch überzeugen Franz!*) ... ja, eure gehen nicht zu überzeugen, weil eure Ministerin sogar aus dem BZÖ ausgetreten ist. (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen!*) Herr Präsident! Ich mache Sie aufmerksam! Soweit ist es noch nicht, dass sich das BZÖ den ganzen Landtag unter den Nagel reißt! Denn auf diesem Rednerpult ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, ich ermahne Sie!*) denn auf diesem Rednerpult ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, ich ermahne Sie! Die Redezeit ist abgelaufen und Sie haben den Hohen Landtag nicht zu kritisieren!*) möchte ich Sie verweisen, Herr Präsident, dass da nicht Plakate des BZÖ angebracht werden sollten. Danke!

Vorsitzender Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Lobnig. Ich bitte, ihn zu sprechen!

Erster Präsident **Lobnig** (F):

(*Abg. Ing. Scheuch: Ein Ordnungsruf ist da normal!*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte anlässlich dieser heutigen Sonderlandtagssitzung als Präsident des Kärntner Landtages doch einige Worte zu der heutigen Sitzung verlieren, weil ich meine, dass es auch wichtig ist, auch hier Klarstellungen zu geben, die insbesondere die heutige Sitzung und deren Einladung betrifft.

Die heutige Sitzung wurde geschäftsordnungskonform gemäß der Landtagsgeschäftsordnung

Lobnig

von der antragstellenden Fraktion mit acht Unterschriften am Antrag ordnungsgemäß eingebracht. Unter Einhaltung der Geschäftsordnung wurde von mir die Sitzung unter Ausnützung des großen zeitlichen Rahmens für den heutigen Tag anberaumt und daher auch eingeladen. Wenn nun von vielen anderen Fraktionen und Mandatären behauptet wird und die Feststellung getroffen wird, dass dies ausschließlich im Interesse einer Partei liegt, hier dieses Thema im Landtag zu thematisieren, so halte ich als Präsident fest, dass es jeder Fraktion unbenommen bleibt, einen Antrag auf Sondersitzung zu stellen, um ein Thema hier im Kärntner Landtag behandelt zu wissen. Wobei ich auch noch einmal darauf hinweise, dass es nicht immer eine Dringlichkeit sein muss, sondern ausschließlich das zu behandelnde Thema von großer Wichtigkeit ist.

Ich möchte aber hiermit aber auch auf einige Worte meines Vorredners eingehen und replizieren und halte auch fest, wenn der Abgeordnete Schwager meint, dass sie grundsätzlich auch in der Haltung der Volksgruppenfrage eine klare Linie geben, dann möchte ich wohl erinnern, dass es interessanterweise selbst ein Parteifunktionär in der Freiheitlichen Partei und seines Zeichens als EU-Abgeordneter Mölzer wohl einen hier für mich nicht nachvollziehbaren Kurs geht, wenn er auf der einen Seite meint, er ist hier für den Karner-Konsens mit 158 Ortstafeln und andererseits aber wiederum dagegen geredet wird. Oder ein weiteres Bauspiel. Wenn hier der Volksanwalt Ewald Stadler – und er war es, der die Kärntner Interessen ja im Verfassungsgerichtshof verraten hat, wenn er selbst hier mit einer Lösung die aus Kärntner Sicht angestrebt wurde mit den Zusatztafeln – vor den Verfassungsgerichtshof bringt, um das zu prüfen, wobei dann letzten Endes auch festgehalten werden muss, dass hier die Aufstellung von solchen Tafeln kein subjektives Recht der Bürger darstellt und hier, meines Erachtens, schon der Verfassungsgerichtshof weit über seine Rechte hinausgegangen ist, hier eine Prüfung aufzugreifen und diese auch durchzuführen.

Geschätzte Damen und Herren! Mit der heutigen Sitzung wollen wir natürlich aber auch klar verdeutlichen, dass wir selbstverständlich im Interesse der Kärntnerinnen und Kärntner eine Lösung ans Tageslicht fördern möchten, gemeinsam mit der Volksgruppe, die aber eine dauerhafte Lösung sein soll. (*Beifall von der F-*

Fraktion.) Geschätzte Damen und Herren! Und wie Sie auch wissen, dass eine von uns geforderte Muttersprachenerhebung, die ja gerade von der Minderheit mit klaren Worten verhindert wird, indem man meint: Ja, hier geht es wieder um die Beschneidung der Rechte der Volksgruppen, so möchte ich von dieser Stelle aus wirklich deponieren, dass gerade unter unserem Landeshauptmann in der Volksgruppenfrage sehr viel bewegt wurde und die Volksgruppe gerade nicht mit der Ortstafel, sondern weit darüber hinaus mit anderen Maßnahmen, in ihrer Identität gestärkt wird und ihnen große Förderungen zu Teil werden, die ein Überleben in der kulturellen, aber auch in ihrer Identität und in der sprachlichen Erziehung von Bildungseinrichtungen massiv gefördert wurde, was für mich auch eine große Voraussetzung ist, um eine Kultur weiterhin am Leben zu erhalten.

Wenn aber, meine Damen und Herren, gerade hier von rechtlicher Seite immer wieder gemeint wird, eine Muttersprachenerhebung sei auch ein „Erbsenzählen“ dieser Volksgruppe, so meine ich, dass wir uns hier schon auch an die Richtlinien des Europarates oder zumindest an die Feststellung des Europarates orientieren sollten, der auch gemeint hat: „Die bisherige Vorgangsweise in der Volksgruppenfrage und insbesondere der Ortstafelfrage in Kärnten ist nicht rechtskonform, wenn man von der Umgangssprache ausgeht, die – wie der Ausschuss für Minderheiten im Europarat, auch explizit gesagt hat – „diese Umgangssprache ist kein Indikator für die Wertung ob jemand zur Volksgruppe gehört oder nicht.“

Hier gilt es einzig und allein für jeden Einzelnen nach dem Volksgruppengesetz um das klare Bekenntnis, für sich alleine zu entscheiden, ob ich einer Volksgruppe angehöre oder nicht! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Daher meine Damen und Herren, kann das nicht sein, dass der Verfassungsgerichtshof hergeht und sich als Gesetzgeber gibt und sagt: „Mehr als 10 Prozent über einen längeren Zeitraum müssen vorhanden sein, um hier das Recht zur Aufstellung von Ortsbezeichnungen oder zweisprachigen Ortstafeln zu realisieren!“ Hier meine ich, geht man zu weit! Und hier glaube ich, dass wir am richtigen Weg sind, wenn wir hier die muttersprachlichen Erhebungen durchführen. Das heißt, jeder hat die Möglichkeit, ein klares Bekenntnis abzugeben, gehöre ich zur Volksgruppe muttersprachlich

Lobnig

aber auch kulturell. Dann soll dies die Basis sein für die weiteren Entscheidungen in der Ortstafelfrage in Kärnten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende bedankt sich beim Vortragenden und erteilt LH Dr. Haider das Wort.)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage stellt sich für viele Bürger auch außerhalb Kärntens: Was hat sich in der Ortstafelfrage seit der versuchten Einigung im Sommer 2006 geändert? Denn wir dürfen ja nicht vergessen, dass wir schon sehr weit gewesen sind und im Sommer 2006 die frühere Regierung einen Kompromiss vorgeschlagen hat, der aber dann an der Weigerung der Sozialdemokratie und im Speziellen von Gusenbauer gescheitert ist und an der Weigerung des Rates des Zentralverbandes der Kärntner Slowenen von Dr. Sturm. Das sollte man einmal hier festhalten, dass immer dann, wenn ein Konsens in dieser Frage im Lande in greifbarer Nähe gewesen ist, nicht die Mehrheitsbevölkerung und nicht ihre Repräsentanten als der wir uns auch fühlen, dessen Kompromiss abgelehnt hat, sondern es immer wieder die Slowenen gewesen sind oder von Wien aus sozusagen Steine in den Weg einer friedlichen und guten Lösung gelegt worden sind. Und das ist deshalb auch sehr wichtig, weil ja seit diesem Zeitpunkt sich etwas Wesentliches verändert hat.

Es ist nämlich so, wie es ein Salzburger Universitätsprofessor in einem Buch geschrieben hat. Samuel Salzborn schreibt von der Ethnisierung und von dem ethnischen Fundamentalismus der gegen die europäische Integration wirkt. Und diese Ethnisierung der Politik bedeutet, wenn etwa in St. Michael bei der Einweihung des Gemeindezentrums ein slowenischer Pfarrer auftritt, der dort nicht für die Zweisprachigkeit wirbt, sondern der das Kreuz einhüllt in die Staatsfarben Sloweniens und damit sozusagen das wieder belebt, was die berühmte Urangst in Kärnten bei der Bevölkerung darstellt. Das ist der entscheidende Punkt. Das heißt, die Ethnisierung der Politik wird gegen Kärnten geführt! Denn wir wollen keine Ethnisierung der Politik! Wir wollen keinen Volkstumskampf, sondern wir wollen, dass beide Teile der Bevölkerung

friedlich miteinander zusammenleben! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Das ist das Entscheidende!

Und diese Ethnisierung der Politik in einem vereinten Europa, wo eigentlich der Nationalstaat alter Prägung, der Vergangenheit angehören muss, sozusagen jedes Volk hat seinen eigenen Staat, jede ethnische Gruppe hat seinen eigenen Staat, sollte der Vergangenheit angehören. Die Slowenen praktizieren das aber! Sie treten dem EURO bei, fügen aber auf die Cent-Münze den Fürstenstein hin, damit sie uns provozieren und sagen, ethnisch gehört Kärnten eigentlich zu einem großen Teil zum slowenischen Staat, zum Nationalstaat Slowenien! Sie haben Schulatlant in den Schulen im Einsatz, wo die Kinder in Geografie lernen, dass eigentlich der Kulturraum Sloweniens halb Kärnten mitumfasst. Und das im 21. Jahrhundert! Und sie lassen mit ihren Pfarrern, die von unten kommen, wie der von St. Michael, sozusagen mit der slowenischen Staatsfahne Kreuze einhüllen, damit sie auch Gebietsansprüche wieder relevieren.

In dieser Situation ist ein Landeshauptmann natürlich gefordert, sich schützend vor das Land zu stellen, weil ich glaube, *(Beifall von der F-Fraktion.)* dass wir das nicht akzeptieren können! Ich würde mir sehr wünschen, dass die Frau Außenministerin Plassnik nicht nach Slowenien hinunterfahren würde um dort zu rapportieren, dass sie die Tafeln ohnedies bald aufstellen wird, sondern dass sie dem slowenischen Außenminister auch einmal klarmacht, dass diese Art des Nationalismus im 21. Jahrhundert überholt und nicht mehr zeitgemäß ist! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und damit bin ich bei einem weiteren Punkt. Die Frage ist: Was haben wir hier zu verantworten? In den letzten Wochen war ständig davon die Rede, dass Kärnten irgendwelche Rechtsbrüche, Verfassungsbrüche und ähnliches begeht. In der Zwischenzeit rudern alle die uns absetzen wollten, die den Landeshauptmann für verlustig erklären wollten, die uns Weisungen geben wollten, alle rudern zurück! Vom Bundeskanzler abwärts bis zur Justizministerin bis zum Herrn Verwaltungsgerichtshofpräsidenten sind sie alle höchst peinlich berührt, weil sie draufgekommen sind, dass es nicht ein einziges vorwerfbares Verhalten gegenüber Kärnten oder dem amtierenden Landeshauptmann gibt, das Anlass für

Dr. Haider

ein Amtsenthebungsverfahren sein könnte oder für irgendwelche Weisungen, weil wir irgendetwas nicht eingehalten hätten!

Jahrzehntelang hat es niemanden gestört, dass die Ortstafelverordnung des Jahres 1976 in Kärnten nicht erfüllt gewesen ist. Aber da gab es einen Landeshauptmann Wagner – keine Diskussion, keine Ministerweisung von Wien, keine öffentliche Erregung in den österreichischen Medien – roter Landeshauptmann! Daher reden wir über das Thema nicht! Dann kam Ambrozy! Keine Diskussion – roter Landeshauptmann – wir reden über das Thema nicht! Dann kam Zernatto – keine Diskussion, wir reden nicht darüber, dass die Ortstafeln nicht aufgestellt sind! Dann kommt Haider und ein Nationalslowene setzt den provokativen Schritt, geht zum Verfassungsgerichtshof und das ganze Theater geht los! Obwohl ich seit 1976 der erste Landeshauptmann bin, der die Verpflichtungen des Landes aus der Verordnung 1976 zu 100 Prozent erfüllt hat, muss ich mich ständig mit den Vorwürfen herumschlagen, dass ich eigentlich ein Rechtsbrecher bin und das weise ich mit allem Nachdruck zurück! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wenn der „Wiener Standard“ in einem Kommentar am Wochenende schreibt: „Es könnte für Haider zum Fallstrick werden, dass die 1976 verfügbaren Ortstafeln von ihm nicht aufgestellt werden, weil von den 91 noch 16 fehlen“ – dann darf ich zur geistigen Untermauerung für manche Journalisten in Wien einmal sagen, dass diese Verpflichtungen des Landes, bei denen es um das Aufstellen blau umrandeter Ortstafeln geht, zu 100 Prozent erfüllt worden sind! Ich habe es mit dem Herrn Bundeskanzler persönlich durchgeführt. Dort, wo etwas fehlt, sind das sogenannte „Ortschaftsbezeichnungen“. Das ist aber eine Kompetenz der Gemeinde, das ist eine Gemeindautonomie! Da kann sich weder der Landeshauptmann noch der Bundeskanzler einmischen, und schon gar nicht kann sich der Herr Jabloner einmischen, sondern das ist Sache der Gemeinde und der roten Bürgermeister in Südkärnten! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und daher werde ich nicht müde, das immer wieder zu sagen! *(Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, ich verweise auf die Redezeit!)* Danke, Herr Präsident! Wenn die Redezeit abgelaufen ist, kann ich nur noch hinzufügen, dass wir das Erkenntnis des Jahres 2001, welches das alles vom Verfassungsgerichtshof ausgelöst hat, nicht

erfüllen können, weil der Verfassungsgerichtshof dieses Erkenntnis selber aufgehoben hat! Das muss man sich ja einmal auf der Zunge zergehen lassen! Das Erkenntnis, das den ganzen Wirbel ausgelöst hat, musste vom Verfassungsgerichtshof wieder reumütig zurückgenommen werden, weil er sich geirrt hat, weil die Daten falsch gewesen sind, weil er falsche Zuordnungen getroffen hat! Und das ist auch der Grund, warum wir sagen, dass es nur auf der Grundlage einer geheimen Erhebung der Muttersprache eine gute Lösung gibt, damit man weiß, wer sich als Slowene bekennt! Und dort, wo sich viele Slowenen bekennen, dort haben sie die Rechte auch zu bekommen. Und dort, wo es keine gibt, werden wir statistisch keine künstlichen Slowenen schaffen und damit den Frieden im Lande gewährleisten! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):

Hohes Haus! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, ich grüße hier alle sehr herzlich! Ich grüße auch daheim an den Lautsprechern die Arbeits- und Demokratieverweigerer der anderen Fraktionen! *(Den Vorsitz übernimmt um 10.17 Uhr 1. Präs. Lobnig.)* Im Vorfeld dieser Sitzung sind kuriose Argumente gekommen, warum diese Sitzung nicht stattfinden kann, unter anderem, es wäre zu teuer! Ich möchte daran erinnern, dass wir nicht nach Sitzungen oder nach Sitzungstagen bezahlt werden, sondern für ein gesamtes Monat! Und diese Arbeitsverweigerung oder besser die Demokratieverweigerung hat ja im Prinzip schon gestern stattgefunden, als im Rechts- und Verfassungsausschuss unser Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung – was die zweisprachigen Ortstafeln betrifft – von SPÖ und ÖVP abgelehnt worden ist! Das ist umso bedauerlicher, als hier das Volk, die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen werden, obwohl wir es unseren Vorfahren, den Bürgerinnen und Bürgern verdanken, dass wir hier nach der Volksabstimmung in einem freien Land, in einer freien Demokratie leben, arbeiten und auch politisieren dürfen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Die Arbeitsverweigerer begeben sich aber auch auf ein sehr gefährliches Terrain, nämlich: Sie

Dipl.-Ing. Gallo

erschüttern ihre eigene Glaubwürdigkeit! Denn wir diskutieren um Minderheitenrechte und nehmen von einem Recht als Minderheit – aber als eine sehr qualifizierte Minderheit mit über 40 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung – Gebrauch und haben eine Sitzung beantragt. Und genau dies wird im Prinzip durch die Verweigerung nicht ermöglicht! Das heißt also, dass wir, die wir dauernd den Vorwurf bekommen, außerhalb des Verfassungsbogens zu sein, sich im Verfassungsbogen befinden, aber die, die sich verweigern sich außerhalb gestellt haben, und zwar selbst!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in diesem Zuge auch festzuhalten dass – und zwar unmissverständlich – sich bis jetzt jeder Vorwurf an Kärnten und speziell an den Herrn Landeshauptmann ins Nichts aufgelöst hat, (*Beifall von der F-Fraktion.*) weder, wenn es um eine Gesetzesverletzung geht noch um Säumigkeit! Dass diese Vorwürfe schlicht und ergreifend Verleumdungen geblieben sind, das haben die drei Weisen international festgestellt und wir merken es von Tag zu Tag, dass sich immer mehr Politiker auch anderer Coleurs davon verabschieden – gestern Gusenbauer, vorgestern Faymann und das geht so weiter. Das heißt: Wir sind gut beraten, Lösungen zu erarbeiten, denn unser Ansatz ist ein sehr konstruktiver.

Ich sage Ihnen ehrlich, auch ich spreche slowenisch, aber ich werde mich nicht zwangsweise, nur weil ich einen Fragebogen ausfülle, zur slowenischen Minderheit zählen lassen! So geht es ja nicht, und das passiert! Warum ich das auch noch erwähne: Diese Öffnungsklausel wird sehr stark diskutiert. Denn die slowenische Minderheit fordert hier etwas ganz Kurioses, nämlich: Wenn zehn Prozent der Menschen in einer Gemeinde zweisprachige Ortstafeln wollen, dann soll das auch passieren. Da ist keine Rede mehr vom Staatsvertrag, vom Artikel 7! Da ist keine Rede mehr davon, dass diese Menschen zumindest slowenisch sprechen können sollen! Da ist keine Rede mehr vom historischen Bezug! Das ist nur eine Quelle der Provokation und eine Fortsetzungsgeschichte, damit das Thema nicht zur Ruhe kommt!

Ein weiteres Fortsetzungsthema ist im Prinzip auch die Forderung nach einem Mandat für die Volksgruppe hier im Landtag! Wir haben uns die Mühe gemacht und sind in Slowenien bei der

italienischen und bei der ungarischen Volksgruppe gewesen. Die Rechte dort sind minimal! Es wird nur debattiert, in welcher Sprache verhandelt wird und wie dann die Niederschriften auszusehen haben, vor allem auch in welcher Sprache. Inhaltlich bringt das überhaupt nichts! Dagegen haben wir in den letzten Jahren sehr, sehr viele wirklich wichtige Forderungen und darüber hinausgehende Bereiche erfüllt, sodass sich die Minderheit sicher nicht aufregen kann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kann nicht sein, dass eine Minderheit in allen Bereichen eine Mehrheit dominiert! Auch die Mehrheit hat Rechte! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Deshalb verstehen auch viele Menschen im Lande nicht, dass beispielsweise in ORF-Sendungen „Slowenisch“ sozusagen über die Hintertür in den Äther kommt. Der neue Herr Landesdirektor hat diesbezüglich Fragen beantworten müssen, das ist heute in einer Zeitung auch publiziert worden!

Und ein weiterer Bereich ist auch anzusprechen: Das ist die Position der Kirchen in Kärnten! Ich habe immer gedacht, wir haben ein Konkordat, da gibt es die Trennung von Staat und Kirche! (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) Hier wird Vieles nicht erfüllt! Und es ist die Frage zu stellen, warum das geschieht und was das zum Frieden im Lande beiträgt, vor allem wenn die Kirchen im eigenen Bereich die Toleranz, die sie von anderen einfordern, nicht gewähren! Und das ist leider etwas, was auch schlimm ist. Denn ich habe es am eigenen Leib erfahren, (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) dass es nicht möglich ist, in einer Kirche – die wohl im zweisprachigen Gebiet ist, in welchem es keine zweisprachige Ortstafel gibt – (*Vorsitzender, wiederum das Glockenzeichen gebend: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) anlässlich eines Begräbnisses eine katholische Messe mit relativ wenig „Deutsch“ zu bekommen und viele andere Dinge auch! Daher unsere Forderung nach einer geheimen Minderheitenfeststellung, (*Vorsitzender, erneut das Glockenzeichen gebend: Bitte, die Redezeit ist abgelaufen!*) damit wir wissen, wovon wir sprechen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte abwesende Abgeordnete, aber auch abwesende Bundesräte! Hoher Landtag, die Bundesräte sind verpflichtet, die Interessen Kärntens auf Bundesebene zu vertreten! Und es wäre auch die Verpflichtung der Bundesräte von SPÖ und ÖVP der heutigen Sitzung beizuwohnen, denn sie haben dort auf Bundesebene, wo diese Materie ihre Zuständigkeit hat, über den Inhalt, über die Interessen Kärntens zu berichten. Sie begehen durch ihren Boykott des Kärntner Landtages nicht nur Arbeitsverweigerung, sie missachten nicht nur in einer sehr undemokratischen Weise die Grundsäulen unseres demokratischen Systems – der Kärntner Landtag ist die Interessenvertretung der Kärntner Bevölkerung – sondern sie nehmen durch ihren Boykott des Kärntner Landtages einmal mehr in Kauf, das Ansehen unseres Landes zu schädigen. Einmalig in der Geschichte Kärntens, einmalig in der Geschichte Österreichs produzieren sie negative Schlagzeilen! Sie schädigen das Ansehen Kärntens nicht nur durch ihr Gerede, obwohl EU-Weise und Experten festgestellt haben, dass wir im Umgang mit unserer Minderheit europaweit eine vorbildhafte Vorgehensweise pflegen! Sie nehmen den Ruf unseres Landes negativ in Kauf, indem sie uns Rechtsbruch, indem sie dem Landeshauptmann Säumigkeit vorwerfen! Ein Rechtsgutachten – Rechtsexperten – stellt fest, dass das nicht der Fall ist, sondern dass in dieser Frage die Säumigkeit auf Bundesebene vorliegt, wenn die Topographieverordnung bis jetzt auch noch nicht kundgetan und umgesetzt worden ist! Und wo, wenn nicht im Kärntner Landtag, soll die Frage von zweisprachigen Ortstafeln, von Minderheitenrechten aber auch Minderheitenpflichten – nämlich der Pflicht sich auch von der Größe her zählen zu lassen um festzustellen, wie groß die Volksgruppe in Kärnten eigentlich wirklich ist – diskutiert werden? Wir haben einen eigenen Ausschuss für diese Fragen eingerichtet, den Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenausschuss, um Fragen zu behandeln. Wo, wenn nicht im Kärntner Landtag, haben wir die Möglichkeit, rechtsverbindliche Beschlüsse zu fassen? Nur der Landtag hat in unserem politischen System die Möglichkeit, die Regierung auch zum Handeln aufzufordern, Gesetze zu beschließen, rechtsverbindlich zu dokumentieren!

Und wir haben das in der Vergangenheit im Kärntner Landtag auch mehrmals getan. Es ist die glatte Lüge von SPÖ und ÖVP, wenn hier gesagt wird, der Kärntner Landtag ist für diese Materie nicht zuständig oder es handelt sich um „irrelevante Themen“, wie das Kollege Kaiser gesagt hat. Es handelt sich um die Causa Prima, Hoher Landtag, die wir hier diskutieren und zu beschließen haben. Ich verweise auf die Novellierung des Minderheitenschulgesetzes im Jahre 2001, wo wir selbstverständlich, obwohl der Bund die Zuständigkeit in der Frage des Minderheitenschulwesens hat, diese Materie im Landtag behandelt und beschlossen haben. Und ich erinnere daran, dass ich es in meiner Funktion als Vorsitzender, auch des Rechts- und Verfassungsausschusses, gewesen bin, der damals zum ersten Mal auch Vertreter der Volksgruppe hier in den Landtag eingeladen hat. Sie haben im Ausschuss die Möglichkeit gehabt, ihre Argumente vorzubringen, gemeinsam mit Vertretern der Heimatverbände. Und wir haben ein gutes Ergebnis erzielt. Den sogenannten „Kärntenkonsens“, wo wir acht Punkte, parallel zum Minderheitenschulgesetz festgelegt haben, was wir machen möchten.

Und wir haben diesen Beschluss in der Volksgruppenfrage hier im Kärntner Landtag getätigt. Der hat gelautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass gleichzeitig mit der Novellierung des Minderheitenschulgesetzes folgende Punkte Berücksichtigung finden. Und es sind acht Punkte im Kärntner Landtag beschlossen worden. Von der Erweiterung des Sprachangebotes, Senkung der Klassenschülerhöchstzahl bis hin zur Einsetzung auch einer Experten-Gruppe. Und selbstverständlich hat der Bund lückenlos diesen Beschluss des Kärntner Landtages in seiner Gesetzgebung berücksichtigt. Ich frage daher: Vor was haben Sie Angst? Warum bleiben die Abgeordneten von SPÖ, ÖVP und den Grünen feige zuhause, dass sie sich um diese Debatte drücken? Haben sie Angst vor den Wählern, dass sie vielleicht einmal rechtfertigen müssen, dass sie die Interessen der Partei vor die Interessen Kärntens und der KärntnerInnen stellen? Vor was haben sie Angst? Vor der Parteivorsitzenden? Dass sie vielleicht – sowie es dem Kollegen Markut ergangen ist – sofort degradiert werden, wenn sie nicht spüren? Oder haben sie Angst vor den Argumenten des BZÖ? Oder haben

Dr. Strutz

sie Angst einfach davor, für Kärnten Farbe zu bekennen? Es ist ihnen lieber, dass die Volksgruppenfrage in Wien entschieden wird. Ist es ihnen lieber, dass die Interessen Kärntens (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) ... Herr Präsident! Ist es SPÖ und ÖVP lieber, dass die Interessen Kärntens von Parteisekretariaten, von politischen Richtern in Wien entschieden werden? Uns nicht!

Wir sind den Kärntnerinnen und Kärntnern im Wort, dass wir ihre Interessen vertreten! Wir sind den Kärntnern im Wort, dass wir für sie arbeiten. Wir werden die Ortstafelfrage in Kärnten lösen und sind auch in keinsten Weise säumig! Ich fordere SPÖ und ÖVP auf, nachdem Sie (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, an keiner Sitzung im Kärntner Landtag teilgenommen haben, im Jänner ihr Gehalt für soziale Zwecke zu spenden! Ich schlage vor, sie übernehmen die Finanzierung der Studiengebühren für je fünf sozial bedürftige Studenten an der Universität Klagenfurt. (*Abg. Rossmann: Oder Nachhilfe geben! – Der Vorsitzende gibt wiederum das Glockenzeichen.*) Denn wer nicht arbeitet, soll auch nichts dafür bekommen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.*)

Abgeordneter Mag. Ragger (F):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Jedes Jahr feiern wir die Kärntner Volksabstimmung, jedes Mal singen wir unser Kärntner Heimatlied, jedes Mal erwähnen wir die dritte Strophe. Und jedes Mal im Lavanttal ... (*Der Vortragende wird korrigiert.*) 4. Strophe! Entschuldigung, 4. Strophe! Jedes Mal im Lavanttal am 28. Dezember gibt es in St. Paul eine Feier, eine Feier wo wir uns bekunden, wo wir eine Feier abhalten, wo wir daran denken, dass der letzte SHS-Soldat St. Paul verlassen hat. Jedes Jahr wird das abgehalten! Und am 28. Dezember 2005 war ich bei dieser Veranstaltung anwesend. Anwesend war auch – und das ist eigentlich das Interessante dabei – der Herr Dr. Dozent Valentin Hellwig, ehemaliger KTZ-Chefredakteur und hat dort einen Vortrag gehalten.

Und, wenn wir uns der Geschichte besinnen und unseren Kindern beibringen, was die Volksabstimmung ist, was wir in den letzten Jahrzehnten abgeführt haben, so hat der Herr Dr. Valentin eine sehr interessante historische Abfolge aufgestellt, nämlich, dass dieser Konflikt nicht im 19. Jahrhundert entstanden ist, sondern viel, viel, viel früher. Er hat einen Abriss gehalten der zurückgeht bis in den Dreißigjährigen Krieg und von dem wir in Kärnten heute noch die Ausflüsse spüren, nämlich, dass der Bischof von Krajin aufgrund der Zwangskatholisierung, Evangelische die in Unterkärnten gelebt haben, flüchten mussten und dort zwangskatholisiert worden sind. Die Auswüchse sehen wir heute noch im Oberen Mölltal, in Feldkirchen, wo die Evangelischen zuhause sind. Das ist dieser Abriss; dieser historische Abriss hat mir eigentlich zu bedenken gegeben, was passiert, wenn sich die Kirche in die Politik einmischet. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Und wie es früher der Herr Landeshauptmann richtig erwähnt hat, solange keine Ehe vollzogen werden darf oder eine Ehe geschlossen werden darf im Südkärntner Raum, solange keine Hochzeit abgeführt werden darf, solange keine Taufe durchgeführt werden darf, solange keine Firmungen abgehalten werden dürfen von Deutschen, den deutschen Mehrheitsbevölkerungsträgern in Kärnten, die irgendwo in Sittersdorf, in Bleiburg, ihre Firmung absolvieren möchten und ihnen der slowenische Pfarrer erklärt, sie können nur in Slowenisch ihre Firmung heute erhalten, dann frage ich mich: Wie kann man diesen Konflikt lösen, wenn sich die Kirche, wenn sich die Religion in ethnische und politische Grundsätze einmischet? (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Und Erwin Ringel hat einmal über die Kärntner Seele geschrieben. Die Kärntner Seele muss man verstehen, weil auch diese Verfassungsgerichtshofentscheidung bedeutet für viele Kärntner – und das verzeihen die Kärntner nicht – dass nicht die Verfassungsgerichtshofentscheidung – ob sie schlecht ist, ob sie falsch interpretiert wird oder ob sie unkorrekt ist – dahingestellt ist, sondern dass ein Rechtsanwalt der von der Pike auf Juristerei gelernt hat, im bewussten und absichtlichen Vorgehen zu schnell gefahren ist, mit Unterstützung eines Tirolers, nämlich unseres ehemaligen Präsidenten des Nationalrates und dazu geführt hat, dass er bewusst Recht gebro-

Mag. Ragger

chen hat und damit einen Konflikt ausgelöst hat, den wir seit 25 Jahren beerdigt gehabt haben! Das versteht die Kärntner Bevölkerung nicht! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wenn wir von diesem Verfassungserkenntnis ausgehen, haben wir drei wichtige Bestimmungen. Artikel 7, das Volksgruppengesetz und die Topografieverordnung. Diese Grundlagen bilden letztendlich *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* das Aufstellen dieser Ortstafeln. Ausgehend davon, in diesem Erkenntnis abgeleitet, hat damals der Verfassungsgerichtshof, dieses Volksgruppengesetz, diese 25-Prozent-Hürde aufgehoben. Er hat die Bewertung vorgenommen, als man gesagt hat: „Minderheiten, die 10 Prozent in einem Ortskern, in einer Ortschaft bilden, haben Anspruch, dass sie zweisprachige Ortstafeln erhalten.“ Was er jedoch nicht in seiner Interpretation erwähnt hat, war jenes, welche Ausgangslage *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* er gebildet hat. Die Ausgangslage bildete letztendlich jenes, dass er die Umgangssprache, nämlich Slowenisch und Deutsch, vermischt hat. Damit ist jeder der Slowenisch angekreuzt hat, Deutsch und Slowenisch angekreuzt hat, automatisch Slowene geworden. Das kann keine Minderheitenfeststellung sein, das kann keine gerichtliche Interpretation der Verfassungsgerichtshofurteile sein. Und das führt letztendlich zu dem, was wir heute wollen, nämlich eine Minderheitenfeststellung! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf versuchen, Ihnen noch zu erläutern, warum es so wichtig ist, dass wir auf einer geordneten gesetzlichen Grundlage eine Volksgruppenregelung und eine Ortstafelregelung erzielen. Denn nicht wir haben hier die Verfassung gebeugt und nicht wir haben Rechtsbruch begangen! Sondern durch Rechtsbruch ist ein Torso im gesamten Volksgruppenrecht entstanden. Mit dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 2001, der dann wieder aufgehoben wurde weil er falsch war, hat der Verfassungsgerichtshof im Volksgruppenrecht die Prozentregelung, die 25-

Prozent-Regelung beseitigt und hat der Verfassungsgerichtshof im Geltungsbereich vom Bezirk Völkermarkt, die Zuordnung in welchen Gemeinden und Ortschaften zweisprachige Ortstafeln aufzustellen sind, beseitigt.

Das heißt, man hat ein Gesetzeswirrwarr hinterlassen und hat dann zu guter Letzt, dieses Erkenntnis, das das Wirrwarr verursacht hat, wieder aufgehoben. Und jetzt sage ich: Wir müssen ein Interesse daran haben, dass aus einer geordneten gesetzlichen Grundlage eine zukünftige dauerhafte Regelung erzielt wird. Das heißt: Artikel 7 Abs. 3 – zweiter Satz – um den es geht, ist nur dann erfüllbar, auch aufgrund des Staatsvertrages, der Materialien zum Staatsvertrag und aufgrund der Verfassungsnovelle 1964, wenn es ein geeignetes Gesetz gibt, das klar sagt, wie das umzusetzen ist. Das heißt, wir brauchen ein Gesetz! Wir haben derzeit kein Volksgruppengesetz, das anwendbar ist. Daher brauchen wir eine Prozentregelung im Volksgruppengesetz. Der Verfassungsgerichtshof kann eine Meinung haben, aber er kann den Gesetzgeber nicht ersetzen! Das ist seine Meinung; sie ist aber nicht rechtlich relevant. Daher brauchen wir ein Gesetz! Und dieses Gesetz legt den Prozentsatz fest. Und wie wir zum Prozentsatz kommen, müssen wir auch definieren. Wir brauchen daher im Volkszählungsgesetz eine Bestimmung, das eine geheime Erhebung der Muttersprache durchgeführt werden kann. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Das ist es, was wir aber verlangen.

Und weil wir das brauchen, müssen wir mit der Bundesregierung und dem Parlament einen Konsens in dieser Richtung erzielen, denn das bedarf einer gesetzlichen Regelung auf Bundesebene. Und warum ist das so wichtig? Weil die Volkszählung selbst kein taugliches Instrument ist. Wir reden heute alle von den 10 Prozent und von den Prozentsätzen in den Gemeinden. Diese Prozentsätze, die heute kolportiert werden und auf der Wiener Szene herumgereicht werden, sind Produkt einer ganz plumpen Fälschung und falschen Zuordnung. Denn der Verfassungsgerichtshof hat einen Trick gemacht, indem er gesagt hat: „Nicht nur die, die Slowenisch als Umgangssprache angeben, gelten als Slowenen, sondern auch die, die Deutsch und Slowenisch gleichzeitig angekreuzt haben!“ Das heißt, da entstehen ganz andere Zuordnungen. Ich habe nie gehört, dass jemand der in Österreich Deutsch und Tschechisch ankreuzt, automatisch

Dr. Haider

als Tscheche gilt! Ich habe nicht gehört, dass jemand der Deutsch und Türkisch ankreuzt, automatisch als Türke gilt! Das ist auch unzulässig, weil es kann im Unterland etwa ein Lehrer sein der zweisprachig ausgebildet ist, die Lehrbefähigung in Slowenisch hat, in einer Minderheitenschule unterrichtet, aber der Mehrheitsbevölkerung angehört. Und es ist nicht einzusehen, warum der automatisch der Minderheit zugerechnet wird, obwohl er das gar nicht will. Er ist ja nicht gefragt worden. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und ich glaube, das ist der Kern! Das ist der Kern, um den es geht!

Wir haben im Staatsvertrag nicht nur den Artikel 7, der uns verpflichtet, Amtssprachenregelung, Ortstafeln und Gerichtssprache für die slowenische Minderheit zu schaffen, sondern wir haben auch einen Artikel 6; und dieser Artikel 6, der vor dem Artikel 7 steht, beinhaltet das Bekenntnis, dass Österreich sich zur Einhaltung der Menschenrechte bekennt. Und nach den Menschenrechten sind wir verpflichtet, dass jeder Bürger selbst entscheiden darf, zu welcher Volksgruppe er sich zugehörig fühlt oder nicht. Das ist ein Selbstbestimmungsrecht, ein individuelles Selbstbestimmungsrecht! Es gibt zwar kein *(Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!)* individuelles Recht auf zweisprachige Ortstafeln, aber es gibt das Menschenrecht und individuelle Recht auf Selbstbestimmung, zu welchem Volkstum ich mich bekenne. Und das ist zu ermitteln, meine Damen und Herren, *(Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.)* damit wir eine korrekte menschenrechtskonforme Regelung haben.

Und das ist eigentlich unser Ansinnen! Und ich werde daher, sage ich auch ganz offen, in die nächste Bundesratssitzung gehen nach Wien – Landeshauptleute können, wenn sie es verlangen, jederzeit im Bundesrat eine Rede halten zu einem von ihnen *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* gewählten Thema – ich werde daher den Bundesrat besuchen und werde im Bundesrat unsere Argumente darlegen und einmal deutlich machen, dass nicht wir in Kärnten hier säumig sind, sondern dass der Bund als Gesetzgeber, als Verantwortlicher in der Minderheitenpolitik grob säumig ist und, dass wir klare gesetzliche Konturen einfordern werden. Und ich werde mir auch erlauben, den Herrn Bundeskanzler Dr. Gusenbauer unverzüglich nach Kärnten einzuladen zu einem vertrauensvollen Gespräch, wo ich ihm

einmal die Situation im Lande erläutere und wo ich die Möglichkeit wahrnehmen werde, klar zu machen, dass wir nicht die Bösen vor den Karawanken sind, sondern dass wir die treuesten Österreicher sind, die diese Republik je gehabt hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt 1. LH-Stv. Dörfler.)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler**
(F):

Als in einigen Punkten betroffener Referent möchte ich zu diesem Thema auch etwas sagen. Ich darf aus einer slowenischen Zeitung vom Dezember 2005 zitieren. Da schreibt ein Journalist: „Haider und Dörfler beenden die Wagner-Politik. Es ist kein Geheimnis, dass das untere Jauntal in den letzten 40 Jahren von der Landespolitik bei größeren Infrastrukturinvestitionen bewusst links liegen gelassen wurde. Die letzte größere Investition war der Bau der Jauntalbahn 1963. Wagner und die Kärntner Sozialdemokraten vergaßen dabei, dass sie nicht nur die slowenische Volksgruppe schwächen, sondern die gesamte Bevölkerung des Jauntales. Landeshauptmann Haider erkannte diesen strategischen Fehler seiner Vorgänger, auf den auch bereits die Bleiburger Freiheitlichen aufmerksam gemacht hatten. 40 Jahre lang waren in Wien alle Ansuchen der Bleiburger umsonst! Wenn sich ein Minister vor Wahlen nach Bleiburg verirrt hatte, kam er nur, um Stimmen zu gewinnen! Haider und Dörfler reagierten löblicherweise rasch und eröffneten mit der neuen Brücke eine Entwicklungsperspektive auch für die gemeinsame Region in Slowenien und nicht nur für die Gemeinde Bleiburg, wie bei der Eröffnung am vergangenen Sonntag angeklungen war.“

Da sieht man schon, was da eigentlich politisch passiert ist. Ich kenne mich in Rechtsdingen – das sage ich ganz offen – nicht so aus wie unser Landeshauptmann, der sich überhaupt in der Materie wie kein Zweiter in Österreich auskennt. Ich habe viel lernen dürfen. Aber ich will damit nur sagen, wie man Politik gemacht hat! *(LH Dr. Haider sich an Dr. Glantschnig von der Verfassungsabteilung wendend: Wir haben einen tollen Verfassungsdienst, Gerhard! – Beifall von der F-Fraktion.)* Wir haben einen tollen Verfassungsdienst! Die Wagner-SPÖ hat scheinbar nicht nur die Umsetzung von Gesetzen verabsäumt, son-

Dörfler

dern sie hat wissentlich – wenn ich diesen Journalisten, der ein slowenischer Journalist ist, nachvollziehe – die Region geschädigt, weil man versucht hat, die slowenische Minderheitsbevölkerung wirtschaftlich auszuhungern! In der Zwischenzeit haben wir das Projekt Lippitzbach mit 5000 Besuchern bei der Eröffnung gefeiert. Der Herr Abgeordnete Stark war ja im Dezember 2005 als Sicherheitsmann auch dabei. Wir bauen die Umfahrung Völkermarkt mit 45 Millionen Euro! Der Herr Präsident Lobnig weiß: 30 Jahre lang ist nichts passiert! Wir haben die St. Lucia-Hängebrücke gebaut! Wir haben den Radweglückenschluss ganz bewusst nach Slowenien – eines meiner ersten Herzprojekte in der Region – nach Dravograd zustande gebracht! (*LH Dr. Haider: Rudersportzentrum!*) Wir bauen das Rudersportzentrum! Wir bauen die Koralmbahn in Verbindung mit der Bleiburger Schleife, die eine besondere wirtschaftliche und Verkehrsbeziehung zu Slowenien sein wird und die die Region massiv stärken wird, weil sich eben die Koralmbahn mit der Bleiburger Schleife trifft, und dieser von der Wagner-Politik benachteiligte Wirtschaftsraum letztendlich neue Zukunftschancen haben wird!

Als zuständiger Referent war es für mich nicht einfach, die gesetzliche Sicherstellung in eine Form zu gießen, damit die privaten mehrsprachigen Kindergärten gesetzlich abgesichert und gefördert werden. Es war nicht einfach – es sitzt auch ein Herr Vouk, der bekannte Schnellfahrer, im Kuratorium – Einstimmigkeit zu erzielen! In neuen Kuratoriumssitzungen gibt es zu 100 Prozent Einstimmigkeit! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich habe die Möglichkeit eröffnet, dass in Völkermarkt – wo ein SPÖ-Bürgermeister eine mehrsprachige Kinderbetreuungseinrichtung abgelehnt hat – im Rahmen dieses Kindergartenfonds auch dieses Projekt unterstützt wird, weil ich der Meinung bin, dass eine sprachliche Förderung jedenfalls eine sinnvolle Zukunftsförderung ist. Dieses Projekt hat übrigens auch einen EU-Sprachpreis erhalten!

Und jetzt zu meiner Rolle! Ich habe ein bisschen das logische Denken der Kärntner in meinem Herzen. Und es kann keiner verstehen, dass ein schnell fahrender Jurist, der in Österreich studiert und den Führerschein in Österreich gemacht hat, überhaupt noch auf Kärntens Straßen unterwegs sein darf! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Er ist übrigens auch ein besonderer

Provokateur, denn es gibt Schnellfahrerexzesse vor Schulen und Kindergärten! Und gleichzeitig sitzt man im Kindergartenfondskuratorium, um gute Projekte für Kinder zu entwickeln. Das ist ein Widerspruch, den ich so nicht akzeptieren kann. Keiner kann mir das erklären und wahrscheinlich auch kein logisch denkender Kärntner Bürger! (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Denn der Verfassungsgerichtshof hat 2001 St. Kanzian zweisprachig verordnet und 2006 tut er das Richtige, nämlich einsprachig! Hätten wir damals 2001 zweisprachige Tafeln aufstellen und 2006 wieder abbauen sollen? Es hat sich niemand ernsthaft damit beschäftigt, dass sich der Verfassungsgerichtshof mit einem Ort auseinandergesetzt hat, den es nicht gibt. Es gibt Bleiburg/Ebersdorf nicht! Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis in Bleiburg mit einer falschen Verordnung beschäftigt. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Und da darf ich wohl auch als Bürger und Politiker dieses Landes meine berechtigten Zweifel an der Vorgangsweise des Verfassungsgerichtshofes sagen. (*Abg. Ing. Scheuch: Die sind sehr berechtigt!*) Es ist eine Auseinandersetzung mit falschen Verordnungen, es sind falsche Entscheidungen in St. Kanzian getroffen worden. Es war jahrzehntelang überhaupt kein Thema mehr, jetzt wird versucht, das in Haiders Kärnten wieder zu provokativen Szenen umzusetzen! Und wenn ich zur heutigen Landtagssitzung noch sagen darf, vielleicht ist das überhaupt der Landtag der Zukunft: (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Eine Partei, die für das Land arbeitet! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trodt-Limpl das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Werte Zuseher auf der Tribüne! Gestatten Sie mir, dass ich als Bürgerin eines gemischtsprachigen Gebietes – ich bin im gemischtsprachigen Gebiet geboren und dort aufgewachsen und lebe noch immer dort – in meiner Rede zur Geschichte des Minderheitenschulwesens in Kärnten auch meine persönliche Befindlichkeit miteinfließen lasse. Die Geschichte des Minderheitenschulwesens verläuft Hand in Hand mit dem Schulwesen in

Mag. Trodt-Limpl

Kärnten seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht durch Maria Theresia 1774. Gemäß der Verfassungsbestimmung des Artikels 7 Zahl 2 des Österreichischen Staatsvertrages haben die Angehörigen der slowenischen Minderheit in Kärnten Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer Sprache. Dem wird selbstverständlich nachgegangen. Im Jahre 1956 durften sich erstmals einsprachige Kärntner vom Slowenischunterricht abmelden. Bis dorthin mussten alle dem zweisprachigen Unterricht folgen. Im Jahre 1988 kam es zu einer Novelle zum Minderheitenschulgesetz. Hier herrscht die Teilungszahl 20, wenn sich mindestens 7 und höchstens 20 Schüler zum Unterricht in der slowenischen Sprache anmelden. Das heißt: Wenn wir 20 Kinder haben und davon sind 9 zum Slowenischunterricht angemeldet, gibt es eine Klasse mit 9 Schülern, die zweisprachig unterrichtet wird. Die andere Klasse beinhaltet 11 Schüler, die wird einsprachig unterrichtet, kommt aber unserem Kontingent – dem Kontingent des Landes – zugute. Das ist also auch noch ein Teil dieser Lehrer, die zusätzlich von Kärnten bezahlt werden müssen. Bei Klassen mit ein- und zweisprachigen Schülern herrscht die Teilungszahl 21. Wir sprechen jetzt von einer Teilungszahl 25, sind aber noch immer im Pflichtschulbereich bei 30 Schülern. Bei 21 Schülern wird die Klasse geteilt. Sind 21 Schüler in einer Klasse, und ist vielleicht nur ein einziger zum zweisprachigen Unterricht angemeldet, dann sind ein zweisprachiger und ein einsprachiger Lehrer in der Klasse. Der zweisprachige Lehrer ist der klassenführende Lehrer. Dafür, dass er die Klasse als zweisprachiger Lehrer führt, hat er eine Unterrichtsverpflichtung von 20 Stunden. Ein Volksschullehrer in Kärnten, in Österreich, unterrichtet 22 Stunden. Ein zweisprachiger Lehrer unterrichtet 20 Stunden und bekommt dadurch, da er ja zweisprachig unterrichtet, auch noch eine finanzielle Zuwendung. Der einsprachige Lehrer ist der Zweitlehrer. Das ist der Lehrer, der seine 22 Stunden halten muss, und er muss dann den Anordnungen des klassenführenden Lehrers folgen. Die Zweitlehrer haben sich dann selbstverständlich in ihrer Wertigkeit nicht wohl gefühlt, sie haben sich beschwert und sie heißen jetzt Teamlehrer. Also, sie sind ein Team.

Kommen wir zu den Slowenischkenntnissen. Die Slowenischkenntnisse der 1. Schulstufe wurden vom Herrn Landesschulinspektor Ogris

genau erfasst. Und zwar wurden im Schuljahr 2004/2005 im zweisprachigen Gebiet 555 Kinder eingeschult. Davon verfügten 94 über normale Sprachkenntnisse der slowenischen Sprache, 90 über geringe Sprachkenntnisse und 371 über keine Kenntnisse der slowenischen Sprache. Als Pädagogin finde ich das bedenklich, denn wenn 70 Prozent der eingeschriebenen Schüler keine Sprachkenntnisse haben, dann erhalten sie ja einen Fremdsprachenunterricht. Ein Fremdsprachenunterricht erfordert eine andere Didaktik als ein zweisprachiger Unterricht! Und diejenigen Schüler, das sind 17 Prozent, die die slowenische Sprache beherrschen, benötigen ja den Unterricht – den Elementarunterricht – in der slowenischen Sprache. Sie brauchen auch eine andere Förderung! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das beweist jetzt wieder unsere Forderung nach Erhebung der Muttersprache, um auch hier den pädagogischen Anforderungen gerecht werden zu können! (*Abg. Zellot: Hört! Hört! – Beifall von der F-Fraktion. – Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch 15 Sekunden, bitte!*)

Ich möchte hier noch erwähnen, dass unser Herr Landeshauptmann auch sehr viel für die Volksgemeinschaft getan hat! Und es wäre eine zweisprachige Handelsakademie ohne seine Mithilfe nicht zu eröffnen gewesen! Er war es auch, der das Schulleiterauswahlverfahren propagiert hat. Bei diesem Schulleiterauswahlverfahren habe ich mich beworben und habe dann an meinem ersten Arbeitstag eine Klage vom Verfassungsgerichtshof auf den Tisch bekommen, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) eingebracht vom Herrn Vouk, (*Abg. Ing. Scheuch: Schon wieder!*) in der gesagt wird, dass ich als einsprachige Lehrerin – obwohl ich mich in vier Sprachen ausdrücken kann, aber in seinen Augen bin ich einsprachig – keine Berechtigung habe, in einer zweisprachigen Schule die Leitung führen zu dürfen! (*Abg. Ing. Scheuch: Ungeheuerlich!*) Und ich fordere hier an dieser Stelle mein Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz ein! Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeit für die Aktuelle Stunde ist abgelaufen. Sie

Lobnig

ist somit beendet. Meine Damen und Herren! Bevor ich nun zur Tagesordnung komme, möchte ich zur Erstellung der Tagesordnung folgendes mitteilen: Es sind auch seit der Einladung noch Behandlungsgegenstände eingelangt und die Obmännerkonferenz hat empfohlen, somit folgende Tagesordnungspunkte aufzunehmen, und zwar:

Ldtgs.Zl. 158-5/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa betreffend Änderung des Kärntner Landes- und Sicherheitspolizeigesetzes. Weiters Ldtgs.Zl. 175-16/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird. Ldtgs.Zl. 212-4/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Petition betreffend gebührenfreier Ärztenotruf, überreicht durch die Abgeordneten Seiser, Arbeiter, Dr. Prettnner und Mag. Trannacher. Weiters Ldtgs.Zl. 131-10/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht der Patientenanwaltschaft des Landes Kärnten 2005. Weiters Ldtgs.Zl. 172-8/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht samt Rechnungsabschluss für das Jahr 2005 des Kärntner Krankenanstaltenfonds. Weiters Ldtgs.Zl. 316-2/29: Bericht und Antrag

des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung und das Kärntner Nationalparkgesetz geändert wird. Weiters Ldtgs.Zl. 19-13/29: Bericht und Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gemäß § 17 Abs. 1 der K-LTGO betreffend Initiative Österreich, Kärnten frei von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Ldtgs.Zl. 319-1/29: Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Dr. Schantl zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend psychiatrischen Not- und Krisendienst.

Geschätzte Damen und Herren! Ich stelle fest, dass eine Beschlussfähigkeit des Landtages für die Aufnahme dieser Tagesordnungspunkte bzw. für das Eingehen in die Tagesordnung, wichtig ist. Bedauerlicherweise, wertvolle Materien, die heute zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner abgearbeitet werden könnten, die ja sogar in den einzelnen Ausschüssen einstimmig beschlossen wurden, können heute nicht behandelt werden. Somit bleibt mir nur möglich, die Landtagssitzung zu schließen. Ich danke für die Beratungen. Und, meine Damen und Herren, teile euch mit, dass die nächste Landtagssitzung gemäß dem Landtagsfahrplan am 1. Februar stattfinden wird! Die Einladung und die Tagesordnung wird zur rechten Zeit ergehen. Ich danke und schließe die Sitzung!

Ende der Sitzung: 11.02 Uhr